

Leipzig. Die Zeitung  
erscheint täglich.  
Zu beziehen durch alle  
Postämter des In- und  
Auslandes.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Viertel-  
jahr 2 Thlr. —  
Insertionsgebühr für  
den Raum einer Zeile  
2 Ngr.

## Uebersicht.

**Deutschland.** — Leipzig. Preußen und das Meer. Frankfurt a. M. Nationalversammlung, Abstimmung in der österreichischen Frage, Annahme des Minoritätsberichts. — Hr. v. Vinde. Die Abstimmung über das Minoritätsgutachten. — Absendung des Hrn. Camphausen an den König von Preußen. — Abg. Hergenbahn. \*\* Dresden. I. Kammer, Beerdigung der Mitglieder. †† Dresden. II. Kammer, Beerdigung der Mitglieder. □ München. Die Kammern. München. Fehr. v. Arctin. Karlsruhe. Der Reichscommissar Graf Keller. Darmstadt. Die Oberhauptfrage. — Die Metternich'sche Domaine Johannisberg.

**Preußen.** ▽ Berlin. Die Volksschullehrer. Die Wahlen. Hr. Kaunyn. — Die deutschen Grundrechte. — Hr. Sethe. □ Halle. Die Wahlagitation. Ein geistlicher Trinkspruch. — Personalstatistisches aus Magdeburg. Stettin. Bau von Kanonenschaluppen. — Militärexzesse in Niederschlesien. \* Köln. Die Wahlen. Die Affisen.

**Oesterreich.** Δ Wien. Dr. Gar. Die ungarischen Banknoten. Hr. Häfner. Die Silberausfuhr. \* Wien. Das Ministerium. Wien. Interpellation wegen Unterdrückung von Zeitungen. Der Ban. General Woga. Dr. Braunner und Dr. Rieger. Proclamation an die Ungarn. — Reichstags-sitzung in Kremsier, §. 2 und 3 der Grundrechte. Wien. Die Nachrichten aus Ungarn. — Die Deutschkatholiken. Die Auslieferung der nach Sachsen geflüchteten Schriftsteller. Die Slowanska Lipa. — Der Besuch der auswärtigen Universitäten. — Die Geburten und Sterbefälle in Wien. Das Münzamt. Olmütz. Die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung. Die Schlüssel von Ofen und Pesth. Agram. Feier der Thronbesteigung des jungen Kaisers. Der Provinziallandtag. \* Hermannstadt. Besetzung von Klausenburg durch die Magyaren.

## Handel und Industrie.

† Leipzig, 16. Jan. Die Reichsversammlung in Frankfurt a. M. hat die Verhandlung über die Anträge des österreichischen Ausschusses im Betreff des v. Gagern'schen Programms beendigt und den etwas modificirten, im Sinne des Ministeriums gestellten Minoritätsantrag mit 261 gegen 224 Stimmen angenommen. Es wird dadurch die Ermächtigung ertheilt, im Namen der Centralgewalt zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit Oesterreich über sein Verhältnis zu Deutschland zu verhandeln, wobei jedoch die Abänderung des v. Gagern'schen Programms durch des Ministers Schreiben vom 5. Jan. (Nr. 9) und dessen Erklärung in der Sitzung am 11. Jan. (Nr. 14) als maßgebend angenommen sind. Hrn. v. Gagern's neuere Aeußerungen in dieser Angelegenheit sind versöhnlicher gestimmt. Er hat sich weit davon entfernt erklärt, Oesterreich, selbst wenn es die deutsche Verfassung nicht wolle, aus dem Bunde zu lassen, und das bisherige Verhältnis als das Minimum bezeichnet. Wenn man mit Oesterreich sich verständigt habe, werde erst die Lösung der Oberhauptfrage näher rücken, über welche die selbständigen Stämme noch gar nicht einig sein könnten. Und in der That, es wird Zeit, daß die Besonnenheit das Steuer ergreife. Von 60 österreichischen Abgeordneten ist ein Protest gegen alle Theilungsideen von Deutschland zc. bei der Reichsversammlung übergeben worden. Aus Baden wird gemeldet, daß die Centralgewalt das dem Grafen Keller dort übertragene Reichscommissariat zurückgezogen hat. Von München ist Fehr. v. Arctin mit einer besondern Sendung nach Olmütz gegangen. Aus Wien wird über das auffällige Verbot der Ost-Deutschen Post sehr geklagt. Ein prager Blatt will von Erneuerung der Verbote in Betreff des Deutschkatholicismus und von dem an Sachsen gestellten Verlangen der Auslieferung geflüchteter wiener Schriftsteller wissen, wovon jedoch unsere directe Correspondenz noch durchaus nichts sagt. Der Reichstag in Kremsier fährt mit Berathung der Grundrechte fort. In Triest war ein neapolitanischer Gesandter auf der Durchreisnach Olmütz angekommen. Aus Ungarn fehlen umfangreiche Nachrichten. Die Mittheilungen aus Preußen lassen zum Theil sehr unerquickliche Blicke in das öffentliche Leben dort werfen und erinnern mitunter lebhaft an französische Zustände, wie sie zu Ludwig Philipp's Zeiten bei Erneuerung der Kammern dort sich zeigten. Aus Schlesien bringen die Zeitungen spaltenlange Berichte von Militärexcessen. Von Publicirung der deutschen Grundrechte in Preußen hört man noch nichts. Im Königreiche Sachsen haben beide neugewählte Kammern ihre Constituierung vollendet und die feierliche Eröffnung des Landtags wird am 17. Jan. stattfinden. Aus Rom werden wieder Veränderungen in den Persönlichkeiten an der Spitze der gegenwärtigen revolutionären Ge-

walten gemeldet. In Toscana sollten am 10. Jan. die Kammern zusammentreten. Von Seiten des Papstes wird ein neues Manifest erwartet. Unverkennbar hängen die Zustände jedes einzelnen italienischen Staats sehr von gewissen, allen gemeinsamen Wechselbeziehungen derselben ab. Der Congress in Madrid hat seine der Regierung günstige Adresse votirt. Das Ministerium sprach bei dieser Gelegenheit die größte Bereitwilligkeit zur Herstellung des guten Vernehmens mit England aus, das seit des Gesandten Bulwer Fortweisung von Madrid alle diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Die französische Nationalversammlung beräth einen Antrag auf ihre Auflösung; sie hat den von ihr selbst auf 50 Cent. für 200 Pfd. herabgesetzten Zoll wieder um das Vierfache und mehr erhöht. Vom Parteinwesen und wie die social-demokratische Propaganda fort und fort eifrig für ihre Zwecke wirkt, berichtet unsere Correspondenz. In England hat durch eine große Versammlung in Manchester unter Theilnahme des Hrn. Cobden die Agitation für Finanzreform eine bestimmte Haltung und Organisation angenommen. Die vor Beginn der Session gewöhnlichen Cabinettsberathungen haben begonnen. Eine Nachricht aus Belgrad spricht von einem Ferman der Pforte, der auch für Christen die Würde eines Pascha und Bezierr zugänglich mache, wozu wir aber doch sehr die Bestätigung abzuwarten rathen.

## Deutschland.

— Leipzig, 15. Jan. Ein deutscher Staatsmann hatte 1815 für alles Verdienst der Befreiungskriege keinen andern Namen als den einer glänzenden Sünde, wenn die daran geknüpften Hoffnungen für deutsche Einheit und Freiheit sich nicht erfüllen sollten. Das Letztere ist nun freilich nicht geschehen; der deutsche Bund, von welchem schon bald nach seiner Stiftung als Lobspruch gesagt wurde, daß derselbe wenigstens keine Verbesserung ganz ausschließe, blieb hinter der Erfüllung jener Hoffnungen weit zurück. Möchte dasselbe nicht dereinst auch von der großen Bewegung, diesem innersten Befreiungskampfe (von dem wir sehr herzlich wünschen, daß er ausgefochten werden möge wie die heiligen Wettkämpfe der alten Griechen) gesagt werden können, welcher für Umgestaltung der Bundesverfassung im Geiste von Freiheit und Einheit im vorigen Jahre mit so feurigem Enthusiasmus begann! Besorgt sein deshalb ist erlaubt. Denn schon haben Viele sich müde gearbeitet, und wenn das Volk im Ganzen auch in den Zwecken nicht irrte, die rechten Führer und Begleitenden zu den Zielpunkten scheinen noch nicht gefunden, und selbst manches seit lange hell blickende Auge scheint zu ermatten. Beleg davon ist ein Artikel in der Deutschen Zeitung, der Preußen auch deshalb nothwendig an die Spitze Deutschlands gestellt wissen will, weil es den Schlüssel führe zum goldenen Boden der See. Ein Blick auf die Landkarte belehrt jedoch, daß nicht an der Ostsee, deren Schifffahrt sowie die Bedeutung der baltischen Provinzen wir übrigens nicht unterschätzen wollen, sondern am deutschen Meere, am Adriatischen Busen für Deutschland die wahren Zugänge zu Welthandel und Schifffahrt, die edelsten Goldgruben von Reichthum und Macht liegen. Es ist ein fast komischer Einfall, den Schwerpunkt der künftigen deutschen Macht in den Streif baltischen Küstenlandes zu verlegen (zu dem das Binnenland fehlt), während er in den Kernlanden, von der Nordsee an den vom mittlern und südlichen Hochlande dem Norden zu wallenden Strömen, und zwar vorzugsweise an Elbe, Weser, Rhein entlang, ferner recht eigentlich um Main und Donau, sowie an den Eisenstraßen der neuen Zeit liegt, die von Nord und Süd über die Hochlande herüber und hinüber gebahnt wurden und noch werden, und zur Donau wie zu den Gestaden des Adriatischen Meers führen. Rimmermehr auch dürfen die Alpen den Boden bilden „des deutschen Sackes“, wie der verehrte Mitarbeiter der Deutschen Zeitung schreibt. Ein armes, ein wahres Kleindeutschland, ein verstümmeltes, jämmerliches Flickwerk käme ja da heraus. Wo wäre die Wettwerbung mit Frankreich um die große Weltstraße nicht bloß zwischen Orient und Occident, sondern zwischen Orient und der amerikanischen Welt, wenn uns die Donau verschlossen werden, die Alpen absperrten sollten vom Mittelmeer? Wir

müssen uns dem deutschen Meer im Norden, der Adria im Süden, nicht wie weiland die Dogen von Venedig mit eiteln güldenen Ringlein, sondern durch Eisenreifen vermählen. Und der Schwerpunkt zu so mächtiger Entwicklung läge wirklich in dem fernen, vielfacher Begünstigung benötigten Küstenlande des Baltischen Meeres, zu dem noch dazu der Däne den Bällnerschlüssel führt? Wahrlich nein! Wer nur ein wenig Zollvereinskennntniß hat, wird das begreifen. Jedoch, zu was rechten wir hier! Es ist ja die angefochtene Behauptung sicher nichts weiter als ein Einfall, hervorgelockt vom Parteilärm und benützt vom Parteitreiben. Die Unkenntniß der Dinge und die Gedankenlosigkeit wird ihn freilich nachbeten und hin und wieder daran glauben. Allein was thut's am Ende? Unfehlbarkeit beansprucht auch der verehrte Urheber jenes Artikels nicht, sein Verdienst um die Wahrheit und um Deutschland aber ist außerdem zu groß, als daß es je durch Irrthum leiden könnte. Wie oft hat er gemahnt an die viele gegenseitige Vorsicht, Sorge und mannichfache Aufopferung, die nothwendig sei, das politisch wenig fest Verbundene durch Treue und Liebe und das Gefühl edler Gemeinsamkeit fester und enger zusammenzuziehen und den deutschen Staatsleib zu kräftigen und zu stärken. Für den kleinsten Mann im Volke forderte er das fröhliche Gefühl, ein Vaterland zu haben und in demselben als Mensch und Bürger dem Höchsten gleichgeschätzt zu werden. (Arndt, Vergleichende Völkergeschichte S. 425.) Nie war er Freund der todten Einerleiheit wälscher Einherrschaft, und seine prophetische Hoffnung für Deutschland ging von je auf eine freie, menschliche, edle Gestalt, fähig, die abgerissenen entfremdeten Brüder, die Thore des alten Reiches, wieder zu gewinnen, eine Entwicklung, einen Bund, bei dem jede einfältige exclusiva und die Lehre des dummen Hofschmeichlers freilich schweigen müßte, welcher den Ohren der Könige etwas Liebliches zu sagen meint, wenn er alle nicht monarchische Staatsformen als Geburten des Teufels und eines tollten Freiheitswahns darstellt, einen Bund, der ein so freier und gerechter Bund sein müßte, daß alle gesetzlichen Staatsformen nicht nur für ihn paßten, sondern auch mit frohen, liebenden Augen gesehen würden. (Arndt a. a. D. S. 433.) Möchte in diesem Sinne das deutsche Gemeingefühl wachsen und wirken, denn der Bund muß ja dem Bundesstaate vorangegangen sein, weil ihm sonst die Grundlage fehlen würde und dann nur ein Gewaltstaat herauskommen könnte.

**Frankfurt a. M., 14. Jan.** In der gestern um 3 Uhr nach zweistündiger Unterbrechung wieder eröffneten Sitzung der deutschen Nationalversammlung ward dem Reichsministerpräsidenten v. Bismarck das Wort erteilt. Derselbe sprach: Ich hoffe, meine Herren, daß ich in dieser wichtigen Berathung den Standpunkt festhalten werde, den ich mein ganzes Leben beobachtet habe, daß ich nie irgend einem Volksstamme zu Lieb oder zu Leid getreten bin, daß nie ein specielles Interesse mich leitete, daß ich nur das Vaterland im Auge habe. Eine niederdrückende Wahrnehmung ist es, daß in diesem Saale, in den wir getreten sind, um die Einheit zu schaffen, daß da Sympathien und Antipathien einzelner großer Volksstämme heraufbeschworen worden sind. Diejenigen Feinde mußten wir wiedersehen, die wir längst besiegt zu haben glaubten. Wir sind noch weit von der Einheit entfernt, wenn so etwas noch vorkommen kann. Eine Bedingung der Einheit ist es, daß wir uns Alle als gleich befreundet, als gleich verbrüderet, als gleich berechtigt ansehen. Diese traurigen Wahrnehmungen erachte ich als eine Unterstützung für den Vorschlag, den ich Namens des Reichsministeriums gemacht habe. Sie werden nicht auf die Subtilitäten eingehen, die man von diesem oder jenem Standpunkte Ihnen vorgeführt hat. Ich zweifle noch nicht am glücklichen Erfolge. Das persönliche Verhältniß zu dem Manne, den die österreichische Regierung zum Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt hat, ist eine wesentliche Bedingung des Erfolgs der zu treffenden Unterhandlungen. Ich werde mir dieses Verhältniß nicht vergiften lassen, sondern festhalten an dem Vertrauen, womit dieser Mann mir entgegengekommen ist. (Bravo!) Auf den Erfolg dieser Verhandlungen sehe ich in diesem Augenblicke mit noch festerer Zuversicht als an dem Tage, wo ich meinen Vorschlag eingebracht habe. Bei der gegenwärtigen Stellung Oesterreichs wird die dortige Regierung die Frage sich vorzulegen haben, ob sie das Fortbestehen ihres Einflusses im Bundesverhältnisse will, oder ob es nicht mehr im Interesse Oesterreichs liegt, daß ein starkes Deutschland neben ihm sich gestalte, zur Erreichung der gemeinsamen Interessen. Die Verhältnisse sind anders, und sie werden auch von den Staatsmännern Oesterreichs ins Auge gefaßt werden.

Man wird einsehen, daß der Wille der Völker und deren Einfluß auf den Gang der Dinge wesentlich in Betracht kommt. Wir haben die uns beschäftigende Aufgabe zu betrachten vom Standpunkte der Theorie und vom Standpunkte der Thatfachen. Die Ansicht, daß nur auf eine Tabula rasa die Neugestaltung Deutschlands erfolgen könne, hat weder den Beifall der Versammlung noch die Zustimmung der Nation erhalten. (Links: Oh!) Wenn auch Anarchie aufgetaucht ist, so waren es Symptome, die bald verschwunden sein würden bei kräftigem Einschreiten, und sie sind verschwunden. Ich glaube eine gute That

gethan zu haben, wenn ich beim Vorparlamente gegen die Permanenz dieser Versammlung gesprochen, damit die Anarchie nicht zur Herrschaft gelange. (Beifall.) Das Vorparlament war zunächst nur eine Volksversammlung, die wichtigste vielleicht, die je gehalten worden. Die Revolution in Berlin ist von demselben Triebe ausgegangen wie die Bewegung am Rhein und in Süddeutschland; es war der Trieb der Einheit. Anders war es in Wien, wo der Druck der Despotie lastete. Das Streben nach Einheit machte sich dort erst dann geltend, als das Fortbestehen der österreichischen Monarchie bedroht war. Wir wollen einen Bundesstaat schaffen, der die Nation nach außen kräftig vertritt und im Innern einen Rahmen der Freiheit schafft. Hierzu erweist sich eine starke Regierung als nothwendig, eine Regierung, die ihre Stärke dadurch geltend machen wird, daß sie den Sondergelüsten kräftig entgegentritt. Ich bin kein Prophet; das aber habe ich für meine Pflicht gehalten, daß ich vor der Nation ausspreche, was ich als die Bedingungen betrachte, wie die Einheit, wie ein kräftiger Bundesstaat werden kann. Noch aber zweifle ich nicht an der Lösung dieser Aufgabe. (Bravo!) Noch sind alle Sympathien nicht so dahin, wie man vielfach darzulegen sich bemüht. Aber es bedarf des Auflebens des Geistes, der uns zusammenführte, wenn es gilt etwas zu schaffen, und gewiß, auch von jener Seite (zur Linken) wird man uns beistehen, wenn auch unsere Principien nicht alle dort gebilligt werden. (Bravo.) Ist es denn möglich, daß Oesterreich mit seinen Provinzen in den deutschen Bundesstaat eintritt? Es handelt sich nicht bloß um die §§. 2 und 3 des Abschnitts vom Reiche; nehmen Sie diese weg und Sie werden noch zwanzig andere Paragraphen wegnehmen müssen, um Oesterreichs deutsche Provinzen in den deutschen Bundesstaat aufnehmen zu können. In unserer Zeit gilt es, daß wir die Bedingungen der Freiheit uns erhalten; mit ihnen ist jener Beitritt nicht möglich. Noch weniger ist es mit den Bedingungen der Freiheit vereinbar, daß gar keine Nationalvertretung bestehe, daß bloß durch Provinzialstände das Volk vertreten werde. Das ist nicht die Bedingung, unter der wir zusammengetreten sind, um Einheit und Freiheit zu befestigen. Die Schwierigkeiten werden zu lösen sein, wenn Sie mir die erbetene Autorisation erteilen.

Den Gesamtbestand der österreichischen Monarchie halte ich für ein europäisches wie für ein deutsches Bedürfnis, wie ich es denn auch für unpolitisch halte, auf eine Auflösung dieser Monarchie hinzuwirken. Oesterreich besitzt noch alle Bedingungen zum Fortbestande seiner Gesamtmonarchie. Wollen die einzelnen Ländertheile den Zusammenhang im Finanz- und Militärwesen, so wollen sie den Zusammenhang der Monarchie selbst, deren wesentlichste Bedingungen diese Punkte sind. Zur Zeit, wo ich gesagt, ich wolle die Hegemonie Preussens nicht, habe ich immerhin für ein Oberhaupt mich ausgesprochen. Ja, ich will ein Oberhaupt, und (zur Linken) wenn Sie es denn hören wollen, ein erbliches Oberhaupt. (Beifall rechts und in den Centren.) Als die erste Idee von meinem verehrten Freunde Bassermann (Unterbrechung links), von meinem Freunde Bassermann (Bravo in der Versammlung) ausging, eine Vertretung der Nation am Bundestage zu schaffen, so hatte ich, wie befreundet ich auch dieser Idee war, doch Zweifel an deren Verwirklichung, weil ich sie nicht für ausführbar hielt, wenn nicht ein erbliches Oberhaupt an der Spitze stehe. Wenn wir mit Oesterreich uns verständigt haben, wenn die österreichische Regierung die Nothwendigkeit eines starken Deutschlands ausspricht, dann liegt uns die Lösung der Frage näher. Nicht bloß die dynastischen Interessen, sondern auch die Volksstämme, die eine Selbstständigkeit haben, können noch nicht einig sein über die Lösung der Oberhauptfrage. Um die feindselige Stellung der Kräfte zu vermeiden, deren gegenseitige Vernichtung der Abg. v. Wydenbrugl befürchtet, gerade darum verlange ich Ihre Autorisation zu meinem Vorschlage. Die ministerielle Frage ist nichts Erhebliches in dieser Frage; ich gebe sie Dem hin, der den Muth hat, auf dem von einem Vorredner (Abg. Vogt) bezeichneten Wege fortzufahren. Der Redner führt sodann aus, wie die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland durch eine Unionsacte keineswegs die Möglichkeit der vollkommensten Einigkeit beider Länder in Bezug auf ihre commerciellen Interessen ausschließe und theilt hiernach eine Proposition der österreichischen Regierung in Bezug auf das Consularwesen mit, der gemäß Oesterreich im Osten und Deutschland im Westen die Consulate zu bestellen hätte. Nach dieser Mittheilung, ruft der Redner, frage ich Sie, ob eine Union unmöglich ist? Wer möchte zweifeln an dem Erfolg? Niemand wird behaupten, daß die Stellung der beiden Staatencomplexe als eine feindliche sich gestalte. Wenn man von Intriguen gesprochen hat und noch spricht, so erkläre ich, daß ich diese Frage als eine Frage der Ehre und der gesunden Politik betrachte. (Ausschreiender Beifall.)

Abg. Ruder erklärt, daß die Minderheit des Ausschusses dem v. Bismarckschen Amendement sich anschließe. Dieselbe Erklärung gibt der Reichsministerpräsident Namens des Gesamtreichsministeriums.

Abg. Giska, Namens des Berichterstatters des Ausschusses, zeichnet die Schwierigkeit, Sprecher der Commission zu sein, nachdem so

nie  
Be  
mü  
Re  
lan  
sch  
Pr  
Er  
he  
ge  
So  
Df  
sch  
ent  
tiv  
den  
reic  
erh  
nig  
rig  
leid  
mu  
wel  
phe  
lan  
ein  
fei  
Die  
per  
And  
den  
unt  
Der  
verl  
wen

zur  
die  
ließ  
„D  
Ang  
Nat  
Bun  
daß  
kann  
sche  
wed  
chen  
Nat  
aneu  
Fol  
besse  
die  
don  
dah  
trag  
den  
ruf  
berk  
Zuh  
ster  
das  
des  
tigu  
ben.

mun  
terp  
geri  
den  
raun  
aus

frig  
der  
derf  
nich

ter

viele parlamentarische Kräfte hervorgetreten. Die Frage sei, ob die Versammlung ein großes historisches Deutschland zu bilden sich bemühe, oder nur einen Theil des Vaterlandes. Diese Frage wolle der Redner besprechen, ohne Vorliebe für einen besondern Theil von Deutschland. Er geht auf eine Vertheidigung der Majoritätsanträge des Ausschusses ein, indem er damit eine Beleuchtung der beiden ministeriellen Programme vom 18. Dec. und 5. Jan. verbindet. Im Laufe dieser Erörterung hebt der Redner hervor, daß Preußen von seiner Höhe heruntergeschleudert worden wäre, hätten nicht die österreichischen Abgeordneten für den Waffenstillstand von Malmö gestimmt. (Bravo!) Sollte Deutschland die Bestimmung haben, die Germanisirung nach Osten zu tragen, so bleibe es unbegreiflich, wie man den Arm abzuschneiden könne, welche österreichisch-deutschen Provinzen aufzugeben sich entschließen könne, welche unbezweifelt als nächstes Mittel dieser Cultivirung sich darböten. Es wäre wünschenswerth gewesen, wenn nebst den übrigen Actenstücken auch die das Consularwesen betreffende österreichische Note dem Ausschusse mitgetheilt worden wäre. Die Selbsterhaltung fodere es, keine Trennung herbeizuführen, so lange eine Einigung möglich sei. Es sei wol Niemand im Hause, der den schwierigen Bau Deutschlands mit Oesterreich nicht lieber wolle als den leichteren Bau ohne Oesterreich. Der Redner erinnert an die Abstimmung über die §§. 2 und 3 vom Reiche, und greift diejenigen an, welche damals schöne Reden gehalten, um jetzt gegen diese Paragraphen zu stimmen. Wenn es auch Perioden gegeben habe, wo Deutschland den Großen gegenüber verkümmert gewesen wäre, so gebe es doch eine deutsche Geschichte, auf die man mit Stolz hinblicken könne; es sei dies die Geschichte des deutschen Geistes, der deutschen Wissenschaft. Diese Geschichte sei größer als die Geschichte der Schlachten von Aspern und anderer Kämpfe, und gern lasse er diesem Ruhme gegenüber Andern den Particularstolz. (Bravo!) Wenn man Oesterreich ausschneiden will, weil es der Centralgewalt widerstrebt, warum will man denn unter gleichen Umständen nicht mit Preußen in Unterhandlung treten? Der Baum der deutschen Einheit hat manche Blüte, manche Knospe verloren. Die Wurzel liegt bloß, die Art ist gehoben. Schlagen Sie, wenn Sie es wagen! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Clemens zieht den von ihm gestellten Verbesserungsantrag zurück, ebenso Abg. Reh und Genossen, um dem Minoritätsantrage die erforderliche Majorität zu sichern. (Bravo!) Der Präsident verliest nachstehende Erklärung einer Anzahl österreichischer Abgeordneter. „Die gefertigten Abgeordneten aus Oesterreich erklären hiermit im Angesicht Deutschlands, daß sie gegen jeden Beschluß der deutschen Nationalversammlung, wodurch Deutsch-Oesterreich von dem deutschen Bundesstaate ausgeschlossen würde, feierlichst protestiren; sie erklären, daß kein Beschluß der deutschen Nationalversammlung sie vermögen kann, aus derselben auszuschneiden, daß sie auf ihren durch das deutsche Volk ihnen angewiesenen Sitzen beharren und dieselben nur entweder im Auftrage ihrer Wähler räumen oder der offenen Gewalt weichen werden; sie erklären endlich, daß sie die Competenz der deutschen Nationalversammlung zu einer Theilung Deutschlands nie und nimmer anerkennen; gegen jede solche Theilung gleichfalls Protest einlegen.“ Folgen 60 Unterschriften. Der Präsident bringt sodann die Verbesserungsanträge zur Unterstüzung. Ueber die Fragestellung sprechen die Abgg. Biebermann, Köstler von Dels, Kieffer, Giska, Wesendonck, v. Vinde u. m. A. Die Versammlung spricht ihren Willen dahin aus, daß von der Abstimmung über den v. Wulffen'schen Antrag zu den Anträgen der Abgg. Edel und Würth übergegangen werden soll. Es wird zur namentlichen Abstimmung durch Namensaufruf geschritten, und der von dem Reichsministerium und der Minderheit des Ausschusses gebilligte Antrag des Abg. v. Wulffen, des Inhalts: „Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dec. 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Jan. 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. Jan. erbetene Ermächtigung ertheilen,“ mit 261 gegen 224 Stimmen zum Beschluß erhoben. Hierdurch sind die übrigen Anträge erledigt.

Der Präsident verliest noch mehre auf die stattgefundenen Abstimmung bezügliche Erklärungen und Verwahrungen. Abg. Wesendonck interpellirt den Legitimationsausschuß wegen der Wahl des Oberlandesgerichtsdirectors Temme in Münster zum Reichstagsabgeordneten durch den Bezirk Neuf. Die nächste Sitzung wird auf den 15. Jan. anberaumt. Tagesordnung: Berathung über den Bericht des Verfassungsausschusses, das Reichsoberhaupt betreffend. (D. P. A. 3.)\*

**Frankfurt a. M., 14. Jan.** Abg. v. Vinde soll in der gestrigen Sitzung wegen seiner heftigen Angriffe gegen das Benehmen der Oesterreicher mehre Herausforderungen erhalten haben. Bei einer derselben soll auf das unterbliebene Duell mit dem Abg. Jung in eben nicht zarter Weise angespielt worden sein. — Bei der Abstimmung über

\*) Es sind uns heute außer der Oberpostamts-Zeitung keine frankfurter Blätter weiter gekommen. D. Red.

das Minoritätsgutachten haben sich die Abgg. v. Radowik, v. Schmerling, v. Bothmer aus der Versammlung entfernt und Graf Deym hat sich der Stimmabgabe enthalten. Die Abgg. Jahn, Arndt, Mittermaier stimmten für das Ministerium, unter großer Aufregung der Tribunen. (Lith. Nachr.)

— Der Karlsruher Zeitung wird aus **Frankfurt a. M.** vom 9. Jan. geschrieben: Soeben erfahre ich aus zuverlässiger Quelle: Gestern ist der preussische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Camphausen, im Auftrage des Reichsministers v. Gagern nach Berlin abgereist, um dem Könige von Preußen eine bindende Erklärung abzuverlangen, ob er die Kaiserkrone annehmen wolle oder nicht, und zugleich in erstem Falle die Versicherung abzugeben, daß die Wahl so gut als gewiß sei. Die Unitarier wie die österreichisch Gesinnten erwarten eine verneinende Antwort, und zwar aus zwei Gründen: 1) weil König Friedrich Wilhelm IV. sich, wie unter Eingeweihten bestimmt behauptet wird, mittels eines nach Olmütz gesendeten Reverses verpflichtet hat, in deutschen Hauptfragen keinen Schritt ohne Zustimmung Oesterreichs zu thun; 2) weil Gutunterrichtete die Ansicht hegen, daß der genannte Fürst vermöge seines Charakters der Ergreifung entscheidender, verhängnisvoller Maßregeln abgeneigt sei.

— In einer von dem frühern Reichscommissar in Berlin, Abg. Hergenhahn, in der Oberpostamts-Zeitung unterm 13. Jan. veröffentlichten Erklärung in Betreff der Beschuldigungen des Abg. v. Würth in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung am 12. Jan. heißt es: Hr. v. Würth hatte behauptet: die Reichscommissare hätten dem Ministerpräsidenten Grafen Brandenburg am 5. Dec. die Octroyirung der Verfassung abgerathen, und der Minister habe die Geneigtheit gezeigt, sie zu unterlassen; als sie aber nach Hause gekommen, hätten sie die Verfassung auf dem Tische gefunden. In diesem Verfahren würde eine Hinterlist des preussischen Ministeriums, eine Geringschätzung der Centralgewalt in der Person ihrer Commissare gelegen haben, und dies war auch die Pointe der v. Würth'schen Darstellung. Ich habe nach Ausweis des stenographischen Berichts erklärt: Es sei unwar, daß uns Graf Brandenburg am 5. Dec. die Geneigtheit gezeigt, die Octroyirung der Verfassung zu unterlassen, und wir zwei Stunden später die octroyirte Verfassung auf dem Tische gefunden hätten, wie dies auch die Deutsche Zeitung richtig mitgetheilt hat. Unrichtig ist es ferner, daß Hr. Simon von Breslau die Aussage des Hrn. v. Würth bestätigt habe. Er hat gesagt, Hr. Simon oder ich, oder wir Beide, hätten ihm erzählt: der Minister Graf v. Brandenburg habe uns in einer längern Unterhaltung, in der wir uns auch gegen eine octroyirte Verfassung ausgesprochen, nichts davon gesagt, daß die octroyirte Verfassung bereits gegeben sei, und als wir demnächst nach Hause gekommen, hätten wir im preussischen Staats-Anzeiger die Verfassung gedruckt gefunden. Obgleich auch diese Mittheilung des Hrn. Simon nicht genau ist, da in der von Hrn. Simon erwähnten Unterhaltung auch nicht mit einer Sylbe von der Octroyirung der Verfassung, sondern von ganz andern Dingen die Rede war, so ist doch die Differenz zwischen der Darstellung des Hrn. v. Würth und derjenigen des Hrn. Simon sehr leicht erkennbar.

**\*\* Dresden, 15. Jan.** Die dritte vorbereitende Sitzung der I. Kammer am heutigen Tage war von ganz kurzer Dauer. Nachdem der Präsident Dr. Joseph bemerkt hatte, daß die Abgg. Staatsminister Oberländer und geheimer Regierungsrath Todt die gesetzliche Bescheinigung über den erforderlichen Wahlsensus beigebracht hätten, und der Abg. Günther aus Oberlungwitz, wegen dessen Nichterscheins Abg. Böricke in der letzten Sitzung den Staatsminister Oberländer interpellirt hatte, seine Missive abgegeben hätte, foderte er die neu eingetretenen Kammermitglieder auf, sowie er (und der Präsident der II. Kammer) diesen Morgen den Eid in die Hände des Königs abgelegt hätte, denselben nun in die Hände ihres gewählten Präsidenten abzugeben. Nachdem die Eidesleistung vorüber war, gaben die übrigen zwölf gegenwärtigen Kammermitglieder, welche schon einmal in der Kammer gesessen hatten, bloß den üblichen Handschlag, worauf der Präsident die Kammer für constituirt erklärte und die Sitzung aufhob. Die feierliche Eröffnung der Kammern wird am 17. Jan. erfolgen, morgen findet die übliche Landtagspredigt statt.

†† **Dresden, 15. Jan.** Heute fand in öffentlicher Sitzung die Vereidung der Mitglieder der II. Kammer statt. Präsident Hensel leitete den feierlichen Act durch eine kurze Rede ein, die den Dank für das Zutrauen, das ihm von Seiten der Mitglieder geworden, sowie die Versicherung, wie sehr der Gewählte die Wichtigkeit seines Amtes erkenne, aussprach. Als diese Handlung vorüber, ergreift Vicepräsident Schaffrath das Wort, um folgenden Antrag zu stellen: 1) Daß vorläufig auf acht Tage (bis zum 22. Jan.) der einem jeden Abgeordneten mitgetheilte Entwurf zu einer Geschäftsordnung für die beiden sächsischen Kammern, mit Ausnahme des 12. Abschnitts (§. 102—123), zur Richtschnur von der II. Kammer genommen werde; 2) daß statt dieses Abschnittes der 10. Abschnitt der Landtagsordnung vom Jahre 1833 (§. 104—115) vorläufig auf dieselbe Zeit der II. Kammer als Norm gelte; 3) daß sofort zur Entwerfung und resp. Vorlegung oder Begutachtung eines Entwurfs eine außerordentliche Deputation von fünf Mitgliedern niedergesetzt werde; 4) daß der Bericht dieser Deputation auf die nächste Tagesord-

nung gesetzt werde. Der Antragsteller begründet seinen Antrag darauf: einer Kammer könne eine Geschäftsordnung nicht aufgedrungen werden, jene habe das Recht, diese sich selbst zu schaffen. Die in dem 12. Abschnitt der neuen Geschäftsordnung empfohlenen Sectionen (Abtheilungen) seien uns noch eine unbekannte Einrichtung, für die auch die Erfahrung von auswärts nicht spreche. Vorläufig sei es daher das Beste, das Deputationswesen beizubehalten, das nicht wie jenes auf Zufall (Voos) beruhe. Es möge aber jetzt eine Deputation niedergesetzt werden, um aus dem interimistischen Zustande herauszukommen. Es müsse diese Frage bald erledigt werden, damit das Volk und dessen Ungeduld befriedigt werde. Hieran knüpft sich eine lebhaftere Debatte. Abg. Bauer: Gerade der angefochtene Abschnitt der neuen Geschäftsordnung hätte den Ständen willkommen sein müssen. Die Stände können keinen Entwurf vorlegen, sie haben keine Initiative. Abg. Spizner: Die Kammer hat sich über den Entwurf, der jetzt vorgelegt ist, zu erklären; wir sind der Staatsregierung die Achtung schuldig, daß wir nicht einen Beschluß fassen, der das an uns gekommene Decret ganz umgeht. Wir wollen uns nicht durch den ersten Schritt in das praktische Leben mit dem Ministerium in offenen Widerspruch setzen. Abg. v. Trübschler: Es handelt sich hier bloß darum, ob wir die alte Landtagsordnung oder die neue annehmen, oder ob wir aus beiden ein Drittes zusammensetzen wollen. Es wird hierdurch der Regierung nicht entgegengetreten. Wie die Nationalversammlung in Berlin, hat auch die in Frankfurt das Abtheilungswesen materiell verlassen, es existirt dort nur noch formell. Wählen wir daher eine Deputation, um diese Frage zu entscheiden! Es ist nothwendig, daß wir schnell vorwärts gehen.

Nachdem noch die Abgg. Eschirner, Linde und Dammann gegen die Abgg. Bauer, Schied und Spizner geltend gemacht, daß ein Decret überhaupt nicht vorliege und der Kammer in Betreff der Geschäftsordnung wol eine Initiative zustehet, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen 4 Stimmen angenommen. Abg. Schaffrath erhält hierauf das Schlusswort: Ich hätte nicht geglaubt, daß über diesen Antrag eine so lange Debatte sich hätte entspinnen können; wollen wir so fortfahren, so werden wir mehr verhandeln als handeln! Auch ich will nicht Opposition gegen die Regierung, denn es gibt jetzt nicht die geringste Veranlassung dazu. Nur wollen wir nicht in Allem blind und gegen Ueberzeugung Folge leisten, die Regierung mag auch einmal etwas nachsagen! (Bravo.) Ein Decret liegt nicht vor, ich fände das sogar unparlamentarisch. Die Initiative hierbei ist uns nie verboten worden. Die Geschäftsordnung ist nach der Rechtswissenschaft ein Gesetz, das die gesetzgebende Gewalt sich selbst gibt. Es liegt im Wesen der Persönlichkeit, daß ich mir meinen Weg selbst vorschreibe, wenn ich existiren will. So wenig ich dem Ministerium etwas in seiner innern Verwaltung vorschreiben kann, so wenig kann das Ministerium uns vorschreiben, wie wir in Bezug auf unsere Geschäfte handeln sollen. Die Herren (nach der Rechten blickend) scheinen nicht einmal so freisinnig zu sein, als unsere Regierung selbst! (Bravo.)

Es werden hierauf die einzelnen Theile des Antrags zur Abstimmung gebracht und gegen eine sehr geringe Minorität angenommen. Zur beantragten außerordentlichen Deputation werden gewählt: Vicepräsident Schaffrath mit 35 Stimmen, die Abgg. Helbig mit 50, Kewitzer mit 54, Blöde mit 50 und Schmidt mit 54 Stimmen.

□ **München**, 13. Jan. Uebermorgen haben sich die Mitglieder beider Kammern gesellig hier einzufinden. Die meisten Reichsräthe sind bereits da, von den Abgeordneten fehlen dagegen noch viele, so namentlich alle Pfälzer, die man bis heute Abend und morgen erwartet. Alle, die man spricht, bezeichnen den Frhrn. v. Lerchenfeld als ersten Candidaten für den Präsidentenstuhl. In die Ehrenbezeugung würden wir mit Vergnügen willigen, aber um der eigentlichen Befähigungen des Frhrn. v. Lerchenfeld zum Führer einer Oppositionspartei willen müßten wir seine Erhebung auf den Ehrensitz gleichwol als einen bedauerlichen Mißgriff bezeichnen. Die Fragen vom wichtigsten Belange drängen übrigens stündlich mehr, so zwar, daß wir keinen Augenblick daran zweifeln, schon die Verathung über die Adresse auf die Thronrede werde und müsse zur parteilichen Gliederung in den beiden Kammern und zur Bekanntmachung der Zukunftsaussichten für ganz Baiern führen. In dem Geschäftszimmer des Ministers des Aeußern und des Handels, Grafen v. Bray, scheinen inzwischen eine Reihe von Conferenzen stattgefunden zu haben, welche darauf berechnet sein dürften, Verständigungen zwischen den gegenwärtigen und den frühern Ministern über solche geschäftliche Vorkommnisse anzubahnen, die etwa zu Interpellationen und Recriminationen in der einen oder andern Kammer Veranlassung geben dürften. Sonst wüßten wir es uns wenigstens nicht zu erklären, wie die frühern Minister v. Maurer, v. Giese und sogar Hr. v. Abel dazu gekommen wären, solchen Conferenzen beizuwohnen. In vielfacher Beziehung lästig ist der fortwährende Aufenthalt des Königs in Nymphenburg. Er gibt Veranlassung zu einem ununterbrochenen Hin- und Herfahren, da der König bis in das Einzelne des Ministerialgeschäftsgangs genau unterrichtet sein will. Fürs Erste

scheint man sich an die Geldfrage zu halten und wird wie herkömmlich an die Abgeordnetenkammer das Budget und an die Reichsrathskammer einige untergeordnete Gesekentwürfe bringen, dann aber abwarten, was die Umstände sonst noch erheischen werden. Man braucht schon um des Militairbudgets willen sehr viel Geld, und um die Summen nicht gar zu häßlich anwachsen zu lassen, hat man an den einzelnen Positionen die Kürzungen bis zum äußersten getrieben und deshalb die ersten Vorlagen drei bis vier Mal umgearbeitet. Ein hiesiges Blatt will wissen, ein durch seine publicistischen Arbeiten allgemein bekannter Rath am obersten Gerichtshofe sei bereits mit der Ausarbeitung eines Gesekentwurfs über die Einführung der Grundrechte beauftragt. Allein von wem soll Hr. v. Seuffert (denn ein Anderer kann unmöglich gemeint sein) den fraglichen Auftrag erhalten haben? Viel gewisser ist die Absicht der Regierung, den Ständen einen Gesekentwurf vorzulegen, einige wesentliche Modificationen der Grundrechte betreffend. Möglich, daß es dazu nicht kommt; aber daraus wird nicht gefolgert werden können, daß heute die Absicht nicht Bestand habe.

**München**, 13. Jan. Legationsrath Frhr. v. Arctin ist heute mit einer besondern Mission an das österreichische Cabinet nach Olmütz abgereist. Dem Bernehmen nach bezieht sich diese Mission auf die deutsche Frage, bezüglich welcher, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in kürzester Zeit von dem größten Theile der deutschen Regierungen irgend eine Maßregel oder doch wenigstens eine Erklärung zu erwarten steht. Die Ministerconferenz, welche unter Zuziehung der H. v. Abel und v. Gise vorgestern in unserm Ministerium des Aeußern stattfand, soll durch denselben Gegenstand veranlaßt gewesen sein; ebenso dürfte die vor einigen Tagen erfolgte abermalige Hierherkunft des österreichischen Reichstagsabgeordneten Obersten v. Mayern damit in Verbindung stehen. Hr. v. Mayern, der erst vor einigen Wochen hier war, ist wol abermals mit einer Mission der Centralgewalt hier eingetroffen, sonst hätte er nicht die Nationalversammlung in dem Augenblicke, wo eben die österreichische Frage der Entscheidung unterliegt, verlassen. (N. C.)

**Karlsruhe**, 11. Jan. Das Staatsministerium macht in dem heute erschienenen Regierungsblatte bekannt, daß der Reichscommissar Graf Keller durch Entschließung des Reichsministeriums seines Auftrags wieder entbunden sei.

**Darmstadt**, 12. Jan. Am 4. Jan. haben die Abgg. Gölzleuchter, v. Riedesel, Schreck, Bernher und Karl Jöpprich einen Antrag, das demnächstige Oberhaupt von Deutschland betreffend, bei unserer II. Kammer eingebracht. Der Antrag lautet: „In Betracht der Lage des deutschen Vaterlandes beantragen wir folgende Erklärung der Ständeversammlung an die Staatsregierung: Die Stände des Großherzogthums Hessen werden es mit großer Freude begrüßen, wenn bei endlicher Feststellung der deutschen Verfassung Preußen an die Spitze von Deutschland gestellt wird.“ Diefem Antrage sind in der gestrigen Sitzung noch acht bis zehn Mitglieder beigetreten. (Köln. Z.)

— Bekanntlich wurde die fürstl. Metternich'sche Domaine Johannisberg am Rhein von der nassauischen Regierung im März oder April v. J. mit Sequester unter dem Vorwande belegt, ihr Besizer sei mit Steuerentrichtungen im Rückstande verblieben. Diese Sache befindet sich nunmehr ausgeglichen, der Sequester ist aufgehoben und Fürst Metternich wieder in den unbeschränkten Genuß der Einkünfte seines Besizthums gesetzt worden. (K. U. Z.)

## Preußen.

▽ **Berlin**, 15. Jan. Der Erlaß des Cultusministers v. Ladenberg vom 30. Dec. v. J. an die Volksschullehrer macht die Leute hier sehr bedenklich. Die Lehrer werden darin aufgefodert, „nicht durch Unthätigkeit und Verschämniß oder gar durch ihre Schuld die Wähler unaufgeklärt zu lassen über ihre Pflichten und die Anforderungen, welche die höchsten Interessen des Staats und des Volks gebieterisch an seine jetzt zu wählenden Vertreter stellen.“ Es ließe sich vielleicht gar nichts gegen diese ministerielle Aufforderung einwenden, wenn Beispiele der letzten Zeit nicht deutlich genug gezeigt hätten, in welchem Sinne die Regierung dies meint. Den Lehrern ist mit disciplinärer Suspension gedroht worden, wenn sie sich Bestrebungen gegen die bestehende Ordnung zu Schulden kommen ließen. Es wird von ihnen verlangt (und zwar bei ihrem Diensteide, wie die unten angeführte Verfügung der magdeburger Regierung darthut), daß ihre politischen Ansichten die der Regierung sein müssen. Wenn die Volksschullehrer in dem obenerwähnten Erlaß nun ermahnt werden, die Wähler aufzuklären, so läuft dies darauf hinaus, daß sie nur dahin zu wirken haben, daß die Urwähler bloß solche Candidaten als die würdigen betrachten, welche mit der ganzen Regierungspolitik des Ministeriums Brandenburg einverstanden sind. Diese Wirksamkeit des Lehrerstandes wird natürlich auch ein Mittel in den Händen der Regierung sein, die Gesinnungen der Lehrer zu prüfen. Daß dies aber nicht geeignet ist, die Unabhängigkeit und die Würde des Lehrerstandes zu erhöhen, darüber ist Niemand zweifelhaft, der da weiß, welche Macht den Schul-

collegi  
einget  
Wah  
möchte  
der W  
niß un  
zu ihr

Seite  
davon  
Feste  
nämlich  
In de  
völker  
ters d  
hoffer  
Elemen  
seine  
erkenn  
recht  
des M  
giums  
Gewalt  
Provin

eine  
Wenn  
diener  
vom 5  
so mü  
liegend  
eides  
besteh  
Unzuf  
ihre u  
ihnen  
nach  
lich ge  
suchun

schrieb  
recht  
wird  
auch  
len ab  
die no  
Preuß  
des de  
daß a  
Bestim  
der P  
halten  
wie da  
meine,  
Zudra  
Preuß  
barsta  
Ginger  
hander  
der Le  
fung  
erlang  
Preuß  
rechten  
und  
unbeg  
aber e  
Staat  
unber  
größer

Seth  
nig ei  
\*  
kämpf  
dem  
meln  
nen

Seth  
nig ei  
\*  
kämpf  
dem  
meln  
nen

collegien und besonders den Inspectoren über die Lehrer ihres Kreises eingeräumt ist.

Die große Thätigkeit, welche die Regierung in Bezug auf die Wahlen, wenn auch unter scheinbar harmlosen Formen entwickelt, möchte aber allerdings auf ihre Besorgnisse hinsichtlich des Ausfalls der Wahlen hindeuten. Auch sind die jüngsten Militärexcesse in Liegnitz und in Löwenberg gerade nicht geeignet, die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu stimmen.

Daß übrigens der blinde Eifer gewisser Männer auch von der Seite her, der sie gefällig sein möchten, nicht immer gern gesehen wird, davon liefert ein Vorfall, welcher sich vor wenigen Tagen bei einem Feste der hiesigen Andreasloge ereignete, ein Beispiel. Dort brachte nämlich der erste Bürgermeister, Hr. Raunyn, der Arme einen Toast. In der Rede, welche er vorausschickte, überhäufte er die berliner Bevölkerung mit Schmähwörtern, welche aus dem Munde eines Vertreters der Bürger wol selten zuvor gehört worden. Statt aber den gehofften Beifall zu änten, gab selbst der meist aus ganz conservativen Elementen bestehende Theil der Anwesenden auf unzweifelhafte Weise seine Misbilligung, und zwar zur großen Beschämung des Redners zu erkennen. Dieser Vorfall macht von neuem hier den Wunsch rege, recht bald einen freisinnigen Mann als Oberbürgermeister an der Spitze des Magistrats zu sehen, indem die übrigen Mitglieder dieses Collegiums das Interregnum zu benutzen scheinen, durch Augendienerei der Gewalt zu schmeicheln und die berliner Bevölkerung in den Augen der Provinzen und des Auslandes zu discreditiren.

Im Regierungsbezirk **Magdeburg** wird jetzt den Lehrern eine Circularverfügung der Regierung mitgetheilt, in der es heißt: Wenn alle öffentlichen Lehrer schon bisher zu den mittelbaren Staatsdienern gehört haben, und ihnen durch Art. 20 der Verfassungsurkunde vom 5. Dec. die Rechte der Staatsdiener von neuem versichert sind, so müssen sie auch auf der andern Seite die allen Staatsdienern obliegenden Pflichten erfüllen, das heißt vor Allem ihres geleisteten Dienstes eingedenk sein, und nichts unternehmen, was das Ansehen der bestehenden Staatsregierung schwächen oder gar zur Aufregung und Unzufriedenheit mit derselben führen könnte. Die Lehrer sind auf diese ihre unerlässliche Pflicht noch besonders aufmerksam zu machen und ist ihnen in unserm Auftrage zu eröffnen, daß jede Verletzung derselben nach Befinden der Umstände entweder im Disciplinarweg unnachsichtlich geahndet oder dem betreffenden Gerichte zur Einleitung der Untersuchung mitgetheilt werden wird. (Nat.-Z.)

Aus **Berlin** vom 10. Jan. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: Mit der amtlichen Bekanntmachung der deutschen Grundrechte, welche durch das Reichs-Gesetzblatt publicirt worden sind, wird es in Preußen wol noch einige Zeit dauern; vielleicht daß man auch in Bezug auf diesen Punkt den Ausgang der bevorstehenden Wahlen abwarten will, um nach den Beschlüssen des legislativen Körpers die nothwendigen Veränderungen in dem Artikel von den Rechten der Preußen vorzunehmen, so weit diese etwa hinter den „Grundrechten des deutschen Volks“ zurückbleiben möchten. Bis zur Gewißheit hin, daß auch in den übrigen deutschen Staaten die erwähnten Grundrechte Bestimmungen der Landesverfassungen werden, muß sogar Preußen mit der Publication jenes Gesetzes zu Gunsten seiner Angehörigen zurückhalten, weil diesen daraus sonst manche Uebelstände erwachsen würden, wie denn jetzt schon die Klage im preussischen Gewerbebestand eine allgemeine, wenn auch nicht eine deutsch-patriotische ist, daß ihm aus dem Zudrange und der erleichterten Niederlassung deutscher Nachbarn in Preußen eine Benachtheiligung entsände, indem in den deutschen Nachbarstaaten viel ungünstigere Bedingungen für die Niederlassung von Eingewanderten bestehen. Bevor also nicht die sichere Aussicht vorhanden ist, daß diese und ähnliche Punkte, welche für die Gestaltung der Lebensverhältnisse in Deutschland wichtiger sind als die Abschaffung von Orden und Titeln, in allen deutschen Staaten gleichmäßig erlangt werden und wirklich zur Ausführung gekommen sind, kann Preußen wol kaum noch einen Schritt weiter entgegen jenen Grundrechten thun, da es gerade von dieser Seite am meisten den Klagen und Angriffen seiner Angehörigen, wenn auch häufig auf eine ganz unbegründete und selbst unverständige Weise ausgesetzt ist. Wie nun aber einmal die gegenwärtigen Verhältnisse angethan sind, so darf die Staatsklugheit auch nicht die Klagen und Angriffe des Unverstandes unberücksichtigt lassen, da diese nicht selten weiter um sich greifen und größeren Anklang finden als ihr Gegentheil.

Der Präsident des rheinischen Revisions- und Cassationshofes, Sethe, hat sicherm Vernehmen nach sein Abschiedsgesuch bei dem Könige eingereicht. (Köln. Z.)

**Halle**, 14. Jan. Die Wahlagitation hat begonnen. Es kämpfen nur zwei Parteien: der Preußenverein mit seinem Anhang, dem Club, und der Wahlvereine. Jene arbeiten heimlich, sie versammeln sich heimlich, schmähen in den Localblättern die Gegenpartei, warnen vor ihr, streuen Lügen aus; die Gegenpartei dagegen handelt of-

fen und antwortet auf jene Angriffe mit dem Schweigen der Berachtung. Unser Magistrat hat, um seinen Beitritt zum Sicherheitsausschusse wieder gut zu machen, zu Commissaren für die 24 Wahlbezirke conservative Männer gewählt, die dem Preußen- oder Kriegerverein angehören. Indeß hat das Wahlgesetz für die I. Kammer bei unsern Handwerkern böses Blut gemacht und die Demokraten sind so eifrig im Verbreiten von Flugblättern, in denen die verschwenderische Haushaltung Preußens durch Zahlen nachgewiesen ist, daß die Conservativen doch im Nachtheile sein dürften. Da der an Seelenzahl stärkere Saalkreis mit uns wählt, so gilt es, die Dörfer zu bearbeiten. Bei einem Zweckessen des Preußenvereins, wozu auch der Club eingeladen war, brachte Pastor Ahlfeld folgenden Trinkspruch aus: Es lebe die rechte Hand der Monarchie und deren fünf Finger: Brandenburg, Wrangel, Windisch-Grätz, Zellachich und Madetzky!

In **Magdeburg** sind im Jahre 1848 mit Einschluß der Militairgemeinde getraut: 515 Paare, geboren: 1012 Knaben und 986 Mädchen, zusammen 1998 Kinder. Unter diesen befinden sich 72 todtgeborene Knaben und 36 todtgeborene Mädchen, sowie 99 Knaben und 91 Mädchen unehelicher Geburt. Gestorben sind 1313 Personen männlichen und 1296 Personen weiblichen Geschlechts, überhaupt also 2609 Personen. Die Bevölkerung der Stadt beträgt nach der letzten Zählung 49,753 Civilpersonen, 4424 im activen Militairdienste stehende Personen und 1667 Militairfrauen, Kinder und Domestiken, zusammen 55,844 Seelen und mit Ausschluß der Garnison 51,420 Seelen.

**Stettin**, 12. Jan. Der Major Gaede ist von hier nach Mecklenburg gereist, um dort im Auftrage des Reichsministeriums den Contract über den Bau von 2 Kanonenschaluppen abzuschließen. (Dts.-Z.)

Aus **Niederschlesien** vom 11. Jan. berichtet man der Nationalzeitung: Noch immer empfangen wir aus unsern Gebirgskreisen die traurigsten Nachrichten über das Verhalten des dort stationirten Militairs. Ihre Zeitung erwähnte bereits des Vorfalls in Löwenberg. (Nr. 8.) Ohne daß die geringste Provocation von Seiten der dortigen Ressourcengesellschaft erfolgt war, drang am 3. Jan. eine Schar Soldaten mit wildem Geschrei in ihren Saal. Der Vorsteher, Justitiar Schulze, einer der geachteten Bürger und früher Stadtverordnetenvorsteher, erklärte sich sogleich bereit, ihnen das Local zu räumen, und verlangte nur, daß man die Bürger in Frieden weggehen lasse. Man ergriff ihn am Barte, schleifte ihn zur Thür hinaus, versetzte ihm hier Schläge auf den Kopf mit schweren Knütteln und schleuderte ihn die Treppe hinab. Mit Blut und mehren schweren Wunden bedeckt, rettete er sich mit Mühe durch die auch unten im Hause spaltförmig aufgestellten bewaffneten Soldaten. Ein gleiches Schicksal wurde fast allen übrigen anwesenden Bürgern zu Theil, obgleich sie, unvorbereitet wie sie waren, nicht den geringsten thätlichen Widerstand leisteten. In ähnlicher Weise verfahren die Soldaten in einer Volksversammlung zu Hirschberg. Ebenso in Liegnitz. Hier drang am 9. Jan. ein Haufe von etwa 150 Soldaten in die Buchdruckerei des Hrn. v. Densch, dort den Präsidenten des demokratischen Vereins und Redacteur der Silesia, Dr. Kunerth, suchend. Sie fanden ihn im zweiten Stock in seiner Wohnung und schleiften ihn unter fortwährenden Mishandlungen über den Markt nach dem Schlosse. Unterdessen eilte der Regierungsath v. Merkel, Commandant der Bürgerwehr, herbei. Retten Sie mich, man mordet mich! rief ihm Dr. Kunerth entgegen. Doch umsonst verlangte Hr. v. Merkel mit Berufung auf seine Stellung als Commandeur der Bürgerwehr von den Soldaten die sofortige Freilassung ihres Opfers; vielmehr stürmten diese, sobald sie ihn erkannten, unter Schmähungen auch auf ihn los, ein Säbelhieb spaltete ihm den Hut und verletzte ihn am Kopfe, man warf ihn zu Boden und mit Mühe entkam er seinen Verfolgern in das Regierungsgebäude. Dr. Kunerth wurde noch bis an das Glogauer Thor geschleift, wo er noch eine tiefe Wunde in den Hinterkopf empfing, in Folge deren er bewußtlos niederfiel. Er wurde hier durch Bürger aufgenommen und in einem Wagen, den sie selbst zogen, nach seiner Wohnung zurückgebracht, nachdem die Kotte, die ihn wahrscheinlich todt glaubte, sich schnell zerstreut hatte. Zu gleicher Zeit drang ein anderer Haufe von Soldaten in den in der Vorstadt gelegenen Saal des Badehauses, wo eine Bürgerversammlung aus Männern der verschiedensten politischen Farbe über Reclamationen in Betreff der Wahllisten zur ersten Kammer berieth. Sie griffen hier die völlig unvorbereiteten Bürger mit Seitengewehren und Knütteln an, und es gab auch hier mehre, wenn auch unerhebliche Verletzungen. Wie aus noch andern Orten, erfahren wir nun auch aus **Lauban**, daß das dort stationirte zweite Bataillon des 8. Landwehrregiments sich mehre Tage die größten Insulten gegen die Bürger erlaubte. Die Erbitterung der Bürgerschaft war schon auf das höchste gestiegen, als glücklicherweise ein Garnisonwechsel eintrat. Leider führte das Verfahren der Offiziere bei allen diesen Gelegenheiten zu der Ansicht, daß sie entweder nicht die Kraft oder nicht den Willen hätten, den Excessen entgegenzutreten. In **Lauban** war es sogar ein Compagnieführer selbst, der einen Civilisten durch

Behrmänner aus einem Gasthose hinauswerfen ließ, wobei derselbe erheblich verletzt wurde.

\* **Köln**, 13. Jan. Heute sind hier die Listen der Urwähler zur II. Kammer geschlossen worden, obschon sie nur drei Tage zur Einsicht und Beschwerdeführung offen gelegen haben; wo hingegen den zur I. Kammer Wahlberechtigten acht Tage (mit Ausnahme der Feiertage) gestattet war, sich in die Listen einschreiben zu lassen. Die Zahl sämtlicher in die letztern Listen Aufgenommenen beträgt 1700, von denen 300 dem Beamtenstande angehören. Die Eintragung der Letztern ist in der Weise geschehen, daß die betreffenden Präsidenten und Chefs die qualifizierten Angestellten der einzelnen Behörden unmittelbar anmeldeten. Es ist übrigens bis zur Stunde nicht bekannt gemacht, wie die 64 Wahlbezirke abgegrenzt sind. — Der Bürgerverein, welcher von je her eine oft mehr als wesentlich conservative Gesinnung an den Tag legte, hat gestern seine Misbilligung 1) über die Verfolgung misliebiger Deputirten und 2) über das Benehmen der betreffenden Richtercolliegen gegen Walbed, Kirchmann u. ausgesprochen. Der erstere Beschluß hatte eine starke Minorität gegen sich, die aber fast nur aus Beamten und Offizieren bestand; der letztere dagegen ist fast einstimmig gefaßt worden. — Die nächsten Assisen sind auf den 26. Jan. berufen worden. Das Präsidium wird der Appellationsgerichtsrath Cremer führen. Am 7. und 8. Febr. kommt die Rheinische Zeitung wegen verschiedener Preservergehen vor, und man sagt, F. Engels, der seit dem September flüchtig ist, werde sich bis dahin stellen, um nicht, da er bei dem einen dieser Vergehen mit beschuldigt ist, in contumaciam verurtheilt zu werden.

### Österreich.

Δ **Wien**, 12. Jan. Diejenigen der hiesigen Journale haben sich sehr getäuscht, welche das Durchgehen des Ulepitsch'schen Amendements wegen Verschiebung des §. 1 der österreichischen Grundrechte als einen ministeriellen Sieg verkündigten; vielmehr werden der Minister Stadion und der Unterstaatssecretair Helfert sich solcher Siege nicht mehr wünschen. Sie haben bei den letzten Kammerverhandlungen sehr eingebüßt. Als ein durchaus nicht bedeutungsloses Ereigniß ist ferner die Unterdrückung von Kuranda's Ostdeutscher Post anzusehen. Gouverneur Welden soll selbst das diesfällige Verfahren durchaus desavouirt haben. — Vorgestern wurde Dr. Gay für den Bezirk Gumpendorf nach Frankfurt gegen seinen Mitbewerber Dr. Herz gewählt. Dr. Gay ist durchaus deutsch gesinnt, freilich aber hätte sich die beabsichtigte Vertretung industrieller Interessen durch erstern in diesem Fache vorzüglich gebildeten besser gefördert gefunden. — Aus Ungarn hat man seit gestern keine authentischen Nachrichten. Man darf sich wenig Hoffnung machen, die ungarischen Banknoten von der Regierung eingelöst zu sehen; vielleicht macht man mit denen, welche auf kleinere Beträge lauten, eine Ausnahme, in der Ansicht, den untern Klassen damit eine Vergünstigung zu gewähren, wenigstens soll für derartige Noten ein Kurs von 88 geboten worden sein.

Die Freisprechung Häfner's bestätigt sich, er soll sie wichtigen Enthüllungen zu verdanken haben. — Man traut kaum seinen Augen, wenn man das jüngst erst erlassene Verbot der Silberausfuhr über die Zolllinie des lombardisch-venetianischen Königreichs liest. Während nämlich alle andern Grenzen hierfür hermetisch versperrt erscheinen, ließ man diese Seite offen, was nicht nur aus jenem post festum publicirten Verbote hervorgeht, sondern auch durch die nun sehr wohl erklärten Arbitragen nach Mailand, wodurch Millionen ungehindert diesen Weg nehmen, um in die Schweiz und Süddeutschland zu gelangen.

\* **Wien**, 12. Jan. Das Ministerium Schwarzenberg-Stadion scheint etwas aus der Rolle zu fallen. Schon die Erlasse gegen den öffentlichen Zeitungsverkauf und gegen die Placatfreiheit in der gesammten Monarchie hatten selbst in unserer dumpfen, unter der Glasglocke des Belagerungszustandes zusammengedrückten Atmosphäre unangenehmen Widerhall gefunden, aber die plötzliche Unterdrückung der Ost-Deutschen Post von Kuranda durch das Ministerium wird in ganz Wien nur von den sehr Wenigen, welche den Muth haben, sich offen zur Reaction zu bekennen, entschuldigt und beschönigt. Als Grund dieser Unterdrückung, welcher keine Warnung oder Vermahnung vorherging, wird im heutigen amtlichen Theile der Wiener Zeitung ein Artikel (Das Ereigniß in Kremser) über den §. 1 der Grundrechte angeführt; dieser Artikel sei aufreizend und selbst in gewöhnlichen Zeiten nicht zu dulden, geschweige während des Belagerungszustandes. Man muß aber clairvoyant sein, um in einer ruhigen Abwägung der beiden Standpunkte, welche das Ministerium und der Reichstag dem §. 1 gegenüber einnehmen, etwas Revolutionäres zu sehen. Wie aus zuverlässigen Quellen allgemein bekannt ist, hat die militärische Behörde mit dieser Maßregel nichts zu schaffen. Unser Militär- und Civilgouverneur Welden soll geäußert haben, daß es ihm nicht eingefallen wäre, ein im anständigsten Tone gehaltenes Oppositionsblatt wie die Ost-Deutsche Post zu unterdrücken. Das Ministerium, welches sonst sein Bedauern, daß es gegen den Belagerungszustand nichts vermöge, merken ließ, hand-

habt den Belagerungszustand nun schärfer als die gefürchtete Militärbehörde.

**Wien**, 13. Jan. Man erwartet eine Interpellation wegen Unterdrückung mehrerer Zeitungen und einen Protest gegen die Erklärung Bach's und die Angabe ministerieller Journale, daß der §. 1 der Grundrechte verworfen worden sei, da doch im Gegentheil der Artikel nur in die Verfassungsurkunde verwiesen wurde. In gut unterrichteten Kreisen wird eine Veränderung des Ministeriums in völlige Abrede gestellt und man hofft auf dem Wege der Vereinbarung, welchen Ulepitsch durch sein Amendement angebahnt hat, die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Krone und dem Reichstage ausgeglichen zu sehen. Diese Meinung wird auch von der Börse getheilt. In hiesigen Blättern heißt es, daß eine Vertrauensadresse an das Ministerium in Betreff des §. 1 der Grundrechte mit 15,000 Unterschriften bedeckt bereits nach Kremser abgegangen sei. — Ban Jellaich soll dem nach Debreczin gezogenen Armeecorps des Kossuth nachgefolgt sein. — General Moga gehörte unter diejenigen Oberoffiziere, die sich nach der Einnahme von Pesth zunächst dem Fürsten Windisch-Grätz vorstellten. Es soll ihm seine Rechtfertigung dadurch gelungen sein, daß er seit dem Einbruch in das österreichische Gebiet Krankheit vorgeschützt und an keiner weitem Affaire Theil genommen hat; nach Andern wäre er im Besitze wichtiger, den Erzherzog Stephan compromittirender Papiere. — Sicherm Benehmen nach ist dem Abg. Dr. Brauner eine Kreishauptmanns- und dem Abg. Dr. Rieger eine Appellationsrathsstelle verliehen worden. — Eine schon früher erwähnte Proclamation des Fürsten Windisch-Grätz an die Ungarn lautet: „1) Jeder Einwohner, der mit was immer für einer Waffe in der Hand gefangen genommen wird, ist augenblicklich durch den Strang hinzurichten. 2) Jede Drtschaft, aus welcher mehre Einwohner vereint sich erklähren, von der k. k. Armee Kuriere, Transporte oder einzelne Commandanten anzugreifen, oder ihr auf wech immer für eine Art zu schaden, wird der Erde gleichgemacht. 3) Die Ortsobrigkeiten bürgen mit ihrem Kopfe für die Aufrechthaltung der Ruhe.“ Dagegen wird aus Pesth gemeldet, daß F.-M. Windisch-Grätz einen Aufruf an alle von der k. k. Fahne abgefallenen Militärs gerichtet hat, worin sie zur Rückkehr unter Versicherung einer völligen Verzeihung aufgefordert werden. — Privatbriefen zufolge sollen Emissare in der Gegend von Salzburg, Linz und Dürnkrut das Landvolk für eine neue Erhebung vorzubereiten suchen. (\*)

— In der Reichstags-sitzung am 11. Jan. wurde der zweite und dritte Paragraph des Commissionsentwurfs der österreichischen Grundrechte in einen einzigen zusammengezogen, der nun der erste Paragraph wird. Der neue erste Paragraph, wie er nach Schufella's und Gleispach's Vorschlägen angenommen wurde, lautet nun: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich; die Constitution und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft (statt des Commissionsantrags: Die Eigenschaft eines österreichischen Staatsbürgers und die staatsbürgerlichen Rechte) erworben, ausgeübt und verloren wird. Das Volk ist die Gesamtheit der Staatsbürger. (Dieser Satz stand ursprünglich voran.) Alle Standesvorrechte sind abgeschafft, Adelsbezeichnungen jeglicher Art werden vom Staate weder verliehen noch anerkannt. (Statt des Commissionsantrags: Alle Standesvorrechte, auch die des Adels, sind abgeschafft.) Die öffentlichen Aemter und Staatsdienste sind für alle dazu befähigten Staatsbürger gleich zugänglich. Ausländer als solche (die Worte als solche fehlten im Commissionsentwurf) sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen. Zu öffentlichen Auszeichnungen oder Belohnungen berechtigt nur das persönliche Verdienst. Keine Auszeichnung ist vererblich.“ Bei der Debatte über den ursprünglichen dritten Paragraphen gab der Kriegsminister eine Erklärung über die Nothwendigkeit, daß Ausländer in die Marine eintreten könnten, und daß überhaupt die Bestimmungen über die Grundrechte bezüglich des Heeres Einschränkungen erleiden müßten. Für Beibehaltung der Adelsstitel sprach Neuwall, Borrosch gegen die Ertheilung neuer Adelsdiplome, Sidon und Mahalsky für Abschaffung des Adels, die in Galizien fast bereits geschehen sei. (B.-Z.)

— Den vielen Siegesnachrichten aus Ungarn folgen jetzt einige beunruhigende Mittheilungen. Aus zuverlässigen Privatbriefen ersehen wir, daß ein Detachement unter Koban's Befehlen vom General Bem geschlagen und größtentheils aufgerieben wurde. Ähnliche, minder erhebliche Fälle von Niederlagen österreichischer Truppenabtheilungen werden gemeldet. (D. Ref.)

— In einem Schreiben aus **Wien** vom 12. Jan. heißt es: Ich schließe meinen heutigen Brief mit inhaltschweren Nachrichten, welche ich dem ruhigen Ueberlegen eines jeden ehrlichen wohlmeinenden Österreicher's überlasse. Das Ministerium des Innern hat wieder die Verordnung vom Juli des Jahres 1846 gegen die Deutsch-Katholiken in Wirksamkeit gesetzt. Diese Verordnung erklärte bekanntlich die Deutsch-Katholiken als zur Kategorie der verbotenen Gesellschaften ge-

hö  
D  
fer  
der  
M  
iu  
der  
Sch  
leit  
fere  
rich  
schu  
Fra  
Act  
sche  
Stu  
hen  
eine  
hob  
zahl  
dent  
wäh  
bran  
—  
gebo  
den  
daru  
schle  
Im  
Mill  
pfern  
sollen  
unfre  
dacti  
Prob  
nung  
genug  
von  
die U  
tion  
wollte  
ten D  
liche  
Ueber  
durch  
vor si  
—  
Gesam  
als G  
Szech  
rath  
wird  
erfekt  
geht a  
—  
liest in  
Feldma  
Moore  
det am  
hat sich  
fer will  
aber ge  
druckten  
genom  
50—60  
floh im  
dieses  
Kette v  
zur We  
6. Jan.  
berg,  
—  
beiden  
Debrecz  
Er  
boot Ca  
Brindiff  
neral S

hörig und versagte jedem den Eintritt über die Grenzen Oesterreichs. — Das starke österreichische Ministerium fodert von dem schwachen Sachsen die Auslieferung der nach den Octobertagen aus Wien nach Dresden und Leipzig geflüchteten Schriftsteller. Baron Kulmer, der Minister für Kroatien, äußerte sich, daß er die Slowanska Lipa in Agram nicht dulden werde.

— Die Abendbeilage zur Wiener Zeitung vom 12. Jan. sagt: In der Reichstagsitzung am 9. Jan. wurde von dem Abgeordneten für Schludenenau, Dr. M. Wenzel-Fleischer, in Absicht auf die Zulässigkeit des Besuchs der ausländischen Universitäten durch unsere Studirenden eine Interpellation an das Unterrichtsministerium gerichtet, und die Frage gestellt, ob derzeit der Besuch fremder Hochschulen schon erlaubt sei? Die Beantwortung dieser Interpellation und Frage läßt sich aus Heintz's «Mittheilungen aus den Universitäts-Acten» entnehmen, wonach über einen Antrag des wiener philosophischen Lehrkörpers „die bestandene Vorschrift, welche den Inländern das Studiren im Ausland untersagte, als mit dem allerhöchst ausgesprochenen Principe der Lernfreiheit im Widerspruche stehend“, schon durch einen Erlaß des Unterrichtsministeriums vom 14. Jul. 1848 aufgehoben worden ist. Der in unsern Blättern wiederholt besprochene zahlreiche Besuch der münchener Universität durch österreichische Studenten u. mag zugleich als Beleg dienen, daß die Aufhebung des erwähnten Verbots allgemein bekannt ist und daß davon wirklich Gebrauch gemacht wird.

— Während des Jahres 1848 wurden in Wien 18,915 Kinder geboren, und zwar 9663 Knaben und 9252 Mädchen. Getraut wurden 2575 Paare. Die Zahl der Verstorbenen beläuft sich auf 17,583, darunter 4900 erwachsene Personen männlichen, 4213 weiblichen Geschlechts, 4087 Knaben, 3682 Mädchen im Alter bis 10 Jahre. — Im Münzamt wurden vom Februar v. J. bis Januar d. J. 12 Mill. Zwanziger, eine halbe Million Thaler, Guldenstücke und Kupfermünze und eben so viele Sechser geprägt. Von letzterer Münze sollen noch 3 1/2 Mill. zum Prägen bestimmt sein.

**Olmütz, 10. Jan.** Eine komische Episode lieferte den Mähren unfreiwillig die Frankfurter Oberpostamts-Zeitung; die Redaction oder sonst Jemand hat in viele rein mährische Ortschaften Probexemplare der genannten Zeitung gesendet und Namen und Wohnung des Empfängers genau bezeichnet, ja manche Nummern sonderbar genug gegen Receptisse einhändigen lassen. Die Bauern können nun von der ganzen Zeitung nur das Wort „Frankfurter“ lesen und halten die Uebersendung für Gott weiß was für eine muthwillige Demonstration. In Dub war ein förmlicher Aufstand unter den Bauern, keiner wollte das Receptisse unterfertigen und alle verlangten unter den größten Drohungen, die ganze Sendung solle nach Frankfurt zurück. Ähnliche Bewegungen gab es auch in Saar, Kojetyn und Hulein. — Die Uebergabe der Schlüssel von Ofen und Pesth an den Kaiser durch den Sohn des Fürsten Windisch-Grätz ist hier in aller Stille vor sich gegangen.

— Hr. v. Doblhoff hat am 7. Jan. in Olmütz seinen Eid als Gesandter für den Haag abgelegt. Er wird von Hrn. v. Isfordinl als Gesandtschaftssecretair begleitet werden. Legationssecretair Graf Szeghenyi geht in gleicher Eigenschaft nach Frankfurt a. M. Legationsrath Baron Bremer, Geschäftsträger ad interim am bairischen Hofe, wird eine andere Bestimmung erhalten und durch Baron Schloßnigg ersetzt werden. Graf Karolvi, Attaché bei der Botschaft in Petersburg, geht als Legationssecretair nach Hannover.

— Die Wiener Zeitung enthält folgende Berichtigung: Man liest in mehren Blättern, als Neuntes Armeebulletin, den Bericht des Feldmarschalllieutenants Baron Zellachich über das am 30. Dec. bei Moor stattgehabte Gefecht mit dem Perzel'schen Corps (Nr. 5) und findet am Schluß desselben die Worte: „Der Rest des Perzel'schen Corps hat sich, ungefähr 8000 M., gegen Stuhlweissenburg zurückgezogen.“ Dieser willkürliche Zusatz ist, man weiß nicht aus welchen Ursachen, jedenfalls aber ganz unrichtig, in dem sonst aber im Wesentlichen ganz getreu abgedruckten Bericht des F. M. L. Baron Zellachich in die Zeitungsartikel aufgenommen worden. Von der gesammten feindlichen Infanterie sind kaum 50—60 M. durch Moor zurückgegangen, die Cavalerie und Artillerie allein floh im Galopp durch den genannten Ort. Somit kann die Infanterie dieses Corps als vollkommen aufgerieben angesehen werden und von einem Reste von 8000 M. keine Rede sein. Dies im Interesse der Wahrheit zur Berichtigung dieses im Druck veröffentlichten Berichts. Pesth, am 6. Jan. 1849. Im Auftrag Sr. Exc. des Banus von Kroatien, Feisberg, G. M., Chef des Generalstabs vom 1. Armeecorps.

— Dem Abendblatte der Wiener Zeitung zufolge hat Kossuth die beiden Generale Roth und Filipovich als Geiseln mit sich nach Debreczin genommen.

**Triest, 7. Jan.** Heute langte das neapolitanische Kriegsdampfsboot Capri, unter Commando des Cavaliere de Diego Sernalis, von Brindisi kommend, an. Am Bord befindet sich der neapolitanische General Sabadelli, welcher sich unmittelbar an das kaiserl. Hoflager be-

geben soll, um dem Kaiser Franz Joseph I. die Glückwünsche seines Hofes darzubringen.

**Agram, 8. Jan.** Gestern fand hier die Feier der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph statt. Die kirchlichen Festlichkeiten wurden im St. Stephansdom abgehalten. Die Nationalgarde und die Garnison paradirte und gab die üblichen Salven. — Jetzt versammelt sich hier ein vorberathender Ausschuss von 50 Vertrauensmännern der Königreiche Kroatien und Slavonien unter dem Vorhise des Banalocumentenent Mirko Pentulai, um die Vorarbeiten für den nächsten Provinziallandtag, der in zwei Monaten in Agram zusammenberufen werden soll, zu Ende zu bringen. Dieser Ausschuss hatte am Dreikönigstage seine erste ordentliche Berathung im Banalgebäude. Den bevorstehenden kroatish-slavonischen Landtag wird auch das Gebiet von Fiume (Rieka) beschicken. (C. Bl. a. B.)

\* **Hermannstadt, 29. Dec.** Alle Gemüther sind in großer Aufregung, denn die Westgrenze ist vom Feind überschritten, und die Unsrigen haben Klausenburg geräumt. Der am 18. Dec. bei Banffy-Hunyad von Urban versperrte Insurgentenhauptling Katona erhielt vom General Bem Verstärkung. Ueber Banffy-Hunyad und Dees rückten die Feinde in zwei Colonnen auf Klausenburg heran und nöthigten das kaiserl. Militair, das durch Truppensendungen nach Haromszék sehr geschwächt war und den klausenburger Magyaren nicht traute, die Stadt zu verlassen. Feldmarschalllieutenant Bardener zog sich nach Nagyenyed zurück, während die Obersten Jablonsky und Urban Bistritz zu besetzen suchten. Urban, von dem es hier anfangs hieß, er sei gefallen, ist in Bistritz ohne Verlust angekommen und wird nächstens durch Truppen aus Galizien verstärkt werden, um die Feinde aus dem Westen wieder zurückzudrängen. Große Gefahr ist übrigens für uns nicht da, denn der Feind besteht nach amtlichen Anzeigen nur aus 10—12,000 M. mit 15 Geschützen. Zwar haben die Blutgerichte gegen die im Nordwesten wohnenden Walachen von neuem begonnen, aber weitere Fortschritte zu machen dürfte dem Feinde schwerlich gelingen, indem das gegen Haromszék aufgestellte Heer, das neulich einen bedeutenden Sieg über die Szekler erfochten hat, jedem Angriffe gewachsen ist.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

### Handel und Industrie.

**Wien, 13. Jan.** Aus dem eben erschienenen Vortrage des Bankgouverneurs ergibt sich, daß die jetzige Gesamtsforderung der Bank an den Staat, die noch zur Disposition liegenden 16 1/2 Mill. eingerechnet, 196,893,208 Fl. beträgt. Hiervon gehören 134 Mill. dem Zeitraume vor dem April 1848, die andern 63 Mill. dem seitherigen an, und es wird dargelegt, daß durch die leichtgedachte Aushilfe die Existenz des Staats gesichert ward. Ein besonderer Ausweis stellt die Deckung dieser Vorschüsse heraus, und es ergibt sich, daß circa 23 Mill. hypothekarisch und 20 Mill. durch Verpfändung von 10,751 Wien-Gloggnitzer Eisenbahnactien und der nördlichen Staats-eisenbahn versichert, übrigens aber 72 Mill. unter Verheißung kurzer Rückzahlungstermine entlehnt worden sind, deren Zins durchschnittlich der Nation auf 2 1/2 Proc. zu stehen kommt. Zu der als unabweislich dargelegten Ergänzung des Silbervorraths wurden 22 1/2 Mill. angekauft, wovon die Hälfte der Kosten mit circa 2 1/4 Mill. auf die Bank entfällt. Durch Beschränkung der Dividende des zweiten Semestercoupons auf 25 Fl. finden sich diese außerordentlichen Auslagen vollständig gedeckt und erscheinen noch 76,000 in den unangegriffen gebliebenen Reserwefonds hinterlegt.

**Londoner Börse, 11. Jan.** 3pc. Cons. 89 3/8; Span. act. 14 1/2; 3pc. 27 1/8.

**Pariser Börse, 12. Jan.** 5pc. 75. 10; 3pc. 45. 60; Bfact. 1675.

**Berliner Börse, 15. Jan.** Preuß. Fonds und Geldsorten: Freiwil. Anl. 5pc. 100 1/4, Staatsfch. 3 1/2pc. 79 1/2, Seehandl. Prämisch. 96 1/4, Pfandbr. westpr. 3 1/2pc. 84 1/2, posen. 4pc. 96, neue 3 1/2pc. 81, ostpr. 3 1/2pc. 91, pomm. 3 1/2pc. 90 3/4, kur- u. neumark. 3 1/2pc. 91 1/4, Bankanth. 91 1/2, Friedrichsd. 113 1/2, Louisd. 112 1/2, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berg-Mark. 58 1/2, Prior.-Act. 97, Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 78 3/4, Prior.-Act. 4pc. 87, Berl.-Hamb. 4pc. 60 1/2, Prior.-Act. 4 1/2pc. 93, 2. Em. Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 60 1/2, Prior.-Act. 4pc. A. u. B. 82 1/2, 5pc. 95, Berl.-Stett. 89 Br., Prior.-Act. 101 1/2, Köln-Mind. 4pc. 79, Prior.-Act. 4 1/2pc. 92 1/4, Cracau-Dbsch. 4pc. 39, Prior.-Act. 72 Br., Riel-Altonaer 4pc. 88 1/2, Magd.-Leipz. Prior.-Act. 113 1/2, Mecklenb. 35 1/4, Niederschl. 4pc. 71 3/8, Prior.-Act. 4pc. 86 1/2, 5pc. 98 3/4, Prior.-Serie III. 5pc. 93 3/4, Oberschl. Litt. A. 3 1/2pc. 93 3/8, Lut. B. 3 1/2pc. 93 3/8, Prinz-Wilb. (St.-W.) 4pc. 32 1/2, Prior.-Act. 5pc. 86, Rhein. 52 1/2, Pr. St. 4pc. 69 1/2 Br., Starg.-Pos. 4pc. 70 1/2, Thür. 4pc. 50 1/2, Prior.-Act. 4 1/2pc. 86. — Quittungsbogen: Magd.-Wittenb. 4pc. 39, Nordb. (Fr.-W.) 4pc. 37 1/4. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5pc. 103 1/2 Br., 1. Anl. Hope 4pc. 86 Br., 2.—5. Anl. (Stiegl.) 4pc. 85, Poln. Schagobl. 4pc. 70, Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 91 3/4, (neue) 4pc. 91 1/4, Part. à 500 Fl. 4pc. 72, à 300 Fl. 99 1/2, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 30 Fl. 5pc. 83 1/2, Bank-Cert. zinsl. 13 1/8, Hess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 25 3/4, Neue bad. Anl. à 35 Fl. 15 3/8.

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.

Druck und Verlag von J. W. Brockhaus in Leipzig.

## A n k ü n d i g u n g e n.

### Spedition in Ruhrort am Rhein und Oberhausen.

Der Unterzeichnete beehrt sich, einem verehrlichen Handelsstande sein **Speditionsgeschäft in Ruhrort** unter Zusicherung prompter, billiger und reeller Bedienung bestens zu empfehlen, wobei er sich erlaubt darauf aufmerksam zu machen, daß Ruhrort durch seinen Anschluß an die Köln-Mindener Eisenbahn, durch die Ruhrort-Oberhauser Zweigbahn der nächste Rhein-Hafen ist, welchen die Bahn von Osten her berührt, und der hiesige Platz alle Mittel besitzt, die Güter auf eine rasche und billige Weise weiter zu befördern.

Um meinen Geschäftsfreunden die Gelegenheit zu bieten, auch bei geschlossener Schifffahrt ihre Güter auf die möglichst billige Weise per Achse von und nach dem Niederrhein und Holland zu befördern, unterhalte ich in **Oberhausen**, so lange die Schifffahrt gehemmt ist, ein Filial-Speditions-Comptoir, wo sich täglich Fahrgelegenheit von und nach Holland bietet. Zu gefälligen Aufträgen empfiehlt sich bestens  
Ruhrort, den 11. Januar 1849. [131-32]

**Swalmius van der Linden.**

### Die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft

übernimmt zu billigen Prämien Versicherungen gegen Feuergefahr, sowohl in **Städten** als auf dem **Lande**, auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände. In der **Billigkeit ihrer Prämienföge** steht dieselbe gegen **keine andere solide Anstalt** nach und gewährt sie bei Versicherungen auf längere Dauer bedeutende Vorteile.

Die unterzeichneten Haupt-Agenten erteilen über die nähern Bedingungen stets bereitwillige Auskunft und nehmen Versicherungsanträge gern entgegen.  
Leipzig, den 9. Januar 1849.

Die Haupt-Agenten der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft,  
**Sachsenroeder & Gottfried.**

[110-12]

### Feuer-Versicherungs-Anstalt in Berlin.

Grund-Capital 2 Millionen Thaler preuß. Courant.

Die unterzeichnete General-Agentur obiger Versicherungs-Anstalt erlaubt sich hierdurch die ergebene Anzeile, daß ihre Wirksamkeit für das Königreich **Sachsen** unter dem heutigen Dato begonnen hat.

Ein Grund-Capital von zwei Millionen Thaler, höchst liberale Grundföge bei Regulirung der Schäden und angemessene Prämienföge lassen dieselbe die Hoffnung fassen, daß die Borussia in Sachsen bald eben die Ausdehnung gewinnen werde, deren sie sich seit einer Reihe von Jahren im benachbarten Preußen erfreut, und sehe ich demnach recht zahlreichen Anträgen mit Zuversicht entgegen.

Leipzig, den 11. Januar 1849.

**Joh. Fr. Dehlschlager,**

General-Agent der Borussia für das Königreich Sachsen.

[143-44]

Jede solide Buchhandlung (in Leipzig **Gebhardt & Weisland**) nimmt Bestellung an auf

### Meyer's Universum, Dreizehnter Jahrgang.

Der ganze Jahrgang von 12 Monatsheften mit 48 der schönsten Stahlstiche,  
samt einer Prämie von 4 Thalern an Werth,  
kostet nur 2½ Thaler Pr. Cour. oder 4 Fl. 48 Kreuzer Rhein.

Das Universum umfaßt die Welt und bringt Alles, was Natur und Kunst Herrliches in ihr geschaffen haben, durch Bild und Wort zur lebendigen Anschauung. — Es ist kein gewöhnliches Buch. — In bezaubernder Weise stellt der Verfasser mit des Gedankens Unermesslichkeit bald Vergangenheit, bald Gegenwart, bald Geschichte, bald Zustände, bald vorzugweise die äußere Erscheinung, bald mehr die geistige Betrachtung in seinen Rahmen und führt dem Leser eine Reihe von Bildern vor, in welchen sich eine reiche Ideenwelt widerspiegelt, die ein magisches Licht auf alle Gegenstände wirft und alle Gestaltungen besetzt. Meyer's Universum ist dadurch ein Liebling des Publicums geworden und mehrt den Kreis seiner Abnehmer mit jedem Jahre.

Durch die Bestellung  
auf den dreizehnten Band von Meyer's Universum  
erwirbt sich

jeder Subscribent folgendes Meisterwerk der Kunst unentgeltlich:

#### Den Seesturm,

nach Smith's berühmtem Gemälde in Stahl gestochen von Meyeroth.  
Groß Ducr.-Imperial-Folio. — Ladenpreis: 4 Thlr. oder 7 Fl. Rh.

Dieses Bild ist das Gegenstück zur „Seeschlacht“, welches Kunstblatt als Prämie zu Meyer's Universum, 12. Jahrgang, gegeben und mit allgemeiner Bewunderung aufgenommen wurde. Dort, in der Seeschlacht, war der Contrast des ruhigen, fast spiegelglatten Meers mit dem entsetzlichen Menschenkampf; hier ist's die aufgeregte Natur, vor deren Drohen friedliche Menschen beben und flüchten. Beide Bilder sind als Kunstwerke einzig und von höchster pathetischer Wirkung.

Wer auch die „Seeschlacht“ zu haben wünscht, kann sich solche noch durch Bezug des 12. Jahrgangs des Universums (so lange der kleine Vorrath reicht) verschaffen.

Hildburghausen, am 1. Januar 1849.

[142]

Das Bibliographische Institut.

Soeben erschien bei **F. W. Brodhans** in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

### Der Staat, die Kirche und die Schule.

Ein Votum zunächst über die Zukunft der evangelisch-lutherischen  
Kirche und der Volksschule im Königreiche Sachsen.

Von **Dr. C. W. Meißner**, Geh. Kirchen- und Schulrath.

[157]

Gr. 8. Geh. 16 Ngr.

### Beachtenswerth!

Wie und wo man für 8 Thlr. Preuß. in Besitz einer baaren Summe von ungefähr

**Zweimal hunderttausend Thalern** gelangen kann, darüber erteilt das unterzeichnete Commissions-Bureau **unentgeltlich** nähere Auskunft. Das Bureau wird auf desfallige, bis spätestens den 14. Febr. d. J. bei ihm eingehende **frankirte** Anfragen prompte Antwort erteilen, und erklärt hiermit ausdrücklich, daß, außer dem daran zu wendenden geringen Porto von Seiten des Anfragenden, für die vom Commissions-Bureau zu erteilende **nähere Auskunft Niemand irgend etwas zu entrichten hat.**

Lübeck, Januar 1849.

**Commissions-Bureau,**

[135-38] Petri-Kirchhof Nr. 308 in Lübeck.

### 13<sup>tes</sup> Abonnement-Concert

im Saale des Gewandhauses zu Leipzig.

Donnerstag, 18. Januar 1849.

Erster Theil. Ouverture zum „Wasserträger“ von L. Cherubini. — Introduction mit Chor und Arie aus „Orpheus“ von Gluck, gesungen von Frau **Schröder-Devrient**, königl. Hof-Opernsängerin aus Dresden. — Concert für Pianoforte mit Orchester von Felix Mendelssohn-Bartholdy (Nr. 2, D-moll), vorgetragen von Frau **Clara Schumann**, k. k. Oesterr. Kammer-Virtuosin. — Lieder mit Pianoforte-Begleitung, gesungen von Frau **Schröder-Devrient**. — Barcarole für Pianoforte solo von F. Chopin (op. 60), vorgetragen von Frau **Clara Schumann**.

Zweiter Theil. Symphonie von Robert Schumann (Nr. 2).

Billets à ½ Thlr. sind in der Musikalienhandlung des Herrn **Fr. Kistner**, beim Kastellan im Hofe des Gewandhauses und am Eingange des Saales zu haben.

Das 14te Abonnement-Concert ist Donnerstag den 25. Januar 1849.

Einlass ½ 6 Uhr. Anfang ½ 7 Uhr.

Ende ½ 9 Uhr.

[158]

Die Concert-Direction.

### Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 17. Jan. **Die Familien Montecchi und Capuleti**, oder: **Romeo und Julia**, Oper in 4 Acten, Musik von Bellini.

### Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Gustav Costenoble in Leipzig, mit Frä. Luise Schumacher.

**Geboren:** Hrn. Diakonus Zimmermann in Chemnitz eine Tochter.

**Gestorben:** Hr. Friedrich Gottlob Bieschmidt in Leipzig. — Hr. Forstmeister Gottlob Heinrich Beuchel in Roda. — Hrn. Advocat Gottschald in Pöschau ein Sohn. — Frau Eleonore Kandler in Leipzig. — Hrn. Dekonomieamtman Franz Pflaume in Gohlis eine Tochter. — Frau Kammerath Rode in Dessau. — Hrn. Karl Jehnmann in Greiz ein Sohn.

(Mit einer Beilage.)

## Uebersicht.

**Italien.** \* Florenz. Excesse. Die Kammern. Das Ministerium. Rom. Galletti und Camerata. General Zucchi. Die Vollziehungsgewalt.

**Spanien.** Madrid. Die Adresse des Congresses. Die Verhältnisse zwischen England und Frankreich.

**Frankreich.** Nationalversammlung. Debatte über die Auflösung. Der Salzoll. Empfang beim Präsidenten. Diplomatische Ernennungen. Brief des Papstes an Hr. de Montalembert. Gerücht von einer Anleihe. Hr. de Montalembert und der Papst. Die Klarier. Guizot's Broschüre. Die Bank. D Paris. Parteiwesen und socialistisch-demokratische Propaganda.

**Großbritannien.** Die Minister. Versammlung für Finanzreformen in Manchester. Auswanderung. Die politischen Prozesse in Irland. Die Agitation gegen das Armengesetz.

**Rußland und Polen.** Die Cholera.

**Türkei.** Belgrad. Ein Ferman.

## Italien.

\* Florenz, 4. Jan. Eine kleine Anzahl Personen aus den untersten Volksklassen brach vorgestern in die Druckerei des Oppositionsjournals *La Vespa*, zerstörte die Formen, nahm so viel Exemplare und dazu gehörige Bignetten, als sich vorfinden, und bereitete daraus ein Autodafé auf dem öffentlichen Plage in Gegenwart einer großen Anzahl Zuschauer, denen das Ganze zum ergötzlichen Schauspiel diente. Jenes Journal hatte durch eine Reihe hämischer und plumper Angriffe auf das Ministerium den Unwillen des Volks herausgefodert. Eine wahre Sündflut mikroskopischer Journale, bloße Kinder einer schmutzigen Speculation, durch kleine Zerrbilder und kleine Schmähartikel, sowie durch einen Preis von 3—6 Pfennigen für das Blatt, das niedere Volk verlockend, wirken wahrhaft vergiftend auf den gesunden Verstand und die natürliche Gutmüthigkeit der Bewohner Toscanas. — Die Eröffnung der Kammern ist nun endlich auf den 10. Jan. festgesetzt; wie man hört, wird sie durch den Großherzog in Person geschehen, der deshalb in diesen Tagen von Siena, wo er seine Familie besucht hat, zurück erwartet wird. — Ob das jetzige Ministerium sich noch lange halten kann, wird hauptsächlich von der Wendung der Dinge in Rom abhängen. Tritt die dortige Constituente mit dem 1. Febr. wirklich zusammen und proclamirt die Republik (woraan übrigens hier Niemand, der den unter dem Volke des Kirchenstaats herrschenden Geist kennt, glauben will), so ist auch in Florenz nur ein Ministerium Guerazzi möglich; mit der Rückkehr des Papstes hingegen ist sein Fall unvermeidlich. Deshalb wird auch die Opposition in den Kammern wahrscheinlich die Entwicklung dieser Lebensfrage Italiens abwarten.

Rom, 3. Jan. Gestern kündigten die H. Galletti und Camerata, als Mitglieder der obersten Regierungsjunta, dem Ministerium ihren definitiven Rücktritt von diesem Posten an. Sie führten an: vom Augenblicke der Berufung der constituirenden Versammlung an sei ihr Auftrag vollendet gewesen. Graf Camerata reist nach Florenz. — Am 31. Dec. berührte General Zucchi den Hafen von Civitavecchia, parlamentirte mit dem Delegaten, und nachdem er vernommen, daß der Papst sich nicht, wie das Gerücht gegangen, in dieser Stadt befand, setzte er auf einem französischen Dampfboote seine Reise nach Gaeta fort. — Da mit dem Rücktritte Galletti's und Camerata's die moralische Person, worin die Vollziehungsgewalt sich zusammenfaßte, verschwunden ist, so wird das Ministerium eine andere Form provisorischer Regierung für die römischen Staaten versuchen müssen. (N. 3.)

— Italienische Blätter behaupten, es werde nächstens ein neues Manifest des Papstes erscheinen. Nach der Constituente italiana rufe es die Vermittelung der constitutionellen Staaten Italiens, Piemont, Neapel und Toscana, an. Der Papst erhält die von ihm früher gegebene parlamentarische Verfassung und das constitutionelle Statut aufrecht, und die drei genannten Staaten unterstützen durch eine gemeinschaftliche Erklärung die Grundlagen der von Pius IX. vorgeschlagenen Ausföhnung.

## Spanien.

Madrid, 6. Jan. Die Adreßdebatte wurde in der gestrigen Sitzung des Congresses zum Abschluß gebracht. Nachdem die H. Benavides und Murillo gesprochen, vertheidigte der Premierminister Herzog von Valencia, General Narvaez, die Regierung in einer längern Rede. Der Ausweisung Sir H. Bulwer's that er nur kurz Erwähnung; er wolle, sagte er, nicht auf Das antworten, was über diese Sache im englischen Unterhause gesagt worden sei, aber die Behauptung müsse er zurückweisen, daß die Königin ihren Thron der Mitwirkung der Engländer verdanke, und diese deshalb ein Recht hätten, sich in die spanischen Angelegenheiten einzumischen; die Königin, erklärte er, sitze auf dem Thron kraft ihres Rechts, kraft des Willens Gottes, und durch die Anstrengungen und die Treue ihrer Unterthanen, und in keiner andern Weise könne es Könige von Spanien geben. (Hier ertönte lauter Beifall.) Die in dieser Sache ver-

öffentlichten Documente, fuhr er fort, klärten die Frage genügend auf, aber obgleich sie noch nicht vollständig bekannt gemacht worden seien, würden doch weiter keine an die Deffentlichkeit gelangen, da die Regierung wünsche, daß diese Angelegenheit in Vergessenheit gerathe, und daß die beiden Staaten die für beide Länder wohlthätigen Beziehungen zu einander wieder anknüpfen möchten. Er erklärte, daß er durchaus nicht die Absicht gehabt, England oder die englische Regierung, oder noch weniger die Königin einer so großen und mächtigen Nation zu beleidigen, und daß die spanische Regierung Alles was in ihrer Macht stehe, und was die Ehre und die Unabhängigkeit des Landes gestatten werde, zu thun bereit sei, um eine Wiederausföhnung herbeizuführen. Hinsichtlich Frankreichs nannte es General Narvaez eine Pflicht zu erklären, daß die Regierung dieses Landes sich auf sehr edle Weise gegen Spanien benommen, und ihnen dadurch große Unannehmlichkeiten erspart habe. Das Benehmen der H. Lamartine, Bastide und des Generals Cavaignac sei der Achtung der Spanier werth; und seiner Meinung nach sei der Ausländer der Achtung der Spanier am würdigsten, der am meisten die Königin und das Land achte. Als der Minister seinen Sitz wieder einnahm, folgte ihm der lebhafteste Beifall. Die Adresse fand hierauf mit 147 gegen 40 Stimmen Annahme. Die Mitglieder der gemäßigten Opposition stimmten für das Ministerium. Heute und morgen, und wahrscheinlich auch die nächsten Tage, hält der Congress keine Sitzung. Das Ministerium wird die Zwischenzeit benützen, um die Adresse im Senat zu unterstützen und die verschiedenen der Deputirtenkammer vorzulegenden Gesetze zu vollenden.

— Vorgestern empfing die Königin den päpstlichen Nuntius, den Fürsten Carini, den belgischen Geschäftsträger Hr. Dujardin und den preussischen Gesandten, welche der Königin ihre Beglaubigungsschreiben überreichten.

## Frankreich.

Paris, 12. Jan.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung, in der Hr. Râteau's Antrag auf Auflösung derselben zur Sprache kam, war sehr stürmisch und bei Abgang der Post noch nicht geschlossen. Die H. de Séze und Montalembert sprachen für Hr. Râteau's Antrag, der sehr lebhaft von Peter Bonaparte, der sich zur Bergpartei hinneigt, und Hr. Billault belämpft wurde. Die Rede des Letztern rief Hr. Odilon-Barrot auf die Tribune. Dieser Beiden Reden veranlaßten einen gewaltigen Sturm; um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr begann die Abstimmung und schien sich gegen Hr. Grévy's Antrag, hinsichtlich der Motion Hr. Râteau's zur einfachen Tagesordnung überzugehen, zu entscheiden.

In ihrer gestrigen Sitzung beschloß die Versammlung, daß die von der neuen Geschäftsordnung angeordnete dreimalige Berathung jeder Gesetzesvorlage bei den Budgetgesetzen, den Rechenschaftsberichten, bei Gesetzen über Localangelegenheiten und bei Creditverwilligungen für bereits abgeschlossene Budgetposten unterbleiben solle. Darauf wurde die Berathung über die Salzölle wieder aufgenommen, und die Kammer beschloß, ausländisches Salz, wenn es in französischen Schiffen eingeführt wird, mit 1 Fr. 75 C., und wenn in fremden Fahrzeugen importirt, mit 2 Fr. 75 C. für 100 Kilogramm zu belegen. Es ist dies eine Annullirung ihres frühern Beschlusses, wonach fremdes Salz einen Einfuhrzoll von 50 Cent. für 100 Kilogramm bezahlen sollte, ein Beschluß, der in den westlichen Departements unter den Salzproducenten, welche die Concurrnz Spaniens und Englands fürchteten, große Misstimmung erregte.

— Gestern Abend empfing der Präsident der Republik zum zweiten Mal in seinen Salons im Elysee National. Unter den zahlreich anwesenden Deputirten bemerkte man die H. Molé, Baroche, Bologni, Randoing, Duclerc, Vieillard, Darnaud, F. Favre. Das diplomatische Corps war vertreten durch Lord Normanby, Lord Stanley, den belgischen Minister Rogier und Hr. Galoni d'Isfria.

— Ueber die Ernennung der Diplomaten, welche an die Stelle der Frankreich bis jetzt im Auslande repräsentirenden Freunde und Schützlinge des National treten sollen, verlautet immer noch nichts Bestimmtes, wahrscheinlich in Folge der schwankenden Stellung des Ministeriums, das sich zu keiner entschiedenen Maßregel entschließen will, ehe seine Zukunft gesichert ist. Als Gerücht erwähnt das Journal des Débats heute, daß Hr. Rey de la Moskowa zum Gesandten in Stockholm, Hr. Dubois de Saligny zum bevollmächtigten Minister im Haag und General Pelet zu demselben Posten in Turin ernannt sei, Letzterer, wie das Coenément wissen will, um im Fall eines Kriegs mit Oesterreich dem Könige von Sardinien den französischen General zugleich als kriegskundigen Berather zur Seite zu geben.

— An der Börse ging gestern das Gerücht, daß ein londoner Bankierhaus der Regierung ein Anlehen von 250 Mill. angeboten habe. — An Hr. de Montalembert, der dem Papste die Rede zugesandt hatte, welche er bei der Nachricht von der Flucht des Papstes

aus Rom in der Nationalversammlung gehalten, hat der Papst aus Gaeta am 26. Dec. ein Breve gerichtet, in dem auch die Worte vorkommen: „Wir bitten und stehen mit aller Inbrunst unserer demüthigen Gebete, daß der allmächtige Gott mit Erfolg krönen möge die von euch und andern Franzosen gemachten Bemühungen zur Erhöhung des Ruhmes eurer sehr edlen Nation und zur Erhaltung der weltlichen Herrschaft des päpstlichen Stuhles.“ Am Schluß des Briefes ertheilt Pius IX. dem Hrn. de Montalembert in den zärtlichsten Ausdrücken seinen päpstlichen Segen.

— Die Regierung hat ihren Consuln in Amerika Befehl gegeben, die durch Cabet's Vorsepiegelungen von einem socialistischen Paradiese nach Amerika verlockten Klavier, die sich jetzt dort in den bedrücktesten Umständen befinden, auf Kosten des Staats nach Frankreich zu schaffen, wenn sie es wünschen.

— Von Hrn. Guizot's Broschüre: „De la Démocratie en France“ sind binnen zwei Tagen zwei Auflagen von je 5000 Exemplaren vergriffen worden.

— Die Bank hatte am 11. Jan. einen Baarvorrath von 269,165,179 Fr. und einen Notenumlauf von 431,259,852 Fr.

**Paris, 12. Jan.** Als am 25. Febr. die Arbeiter mit der Frage: was sie jetzt statt des *Vive la réforme!* rufen sollten, vor dem Stadthaus erschienen, antwortete ihnen Hr. Lamartine: Ruft: Es lebe die Republik! Und zugleich gab er ihnen den Rath, statt ihrer rothen Barricadenfahnen die poetischere Tricolore durch die Stadt zu tragen. Diese Tricolore hat sich indeß im Verlaufe der Historie vollständig in ihre Grundfarben aufgelöst; es handelt sich nicht mehr um die „Eine und untheilbare“ Fraternitätskategorie der gesammten freien und gleichen Citoyens, sondern um die sehr verschiedenen Klassen der „Weißen“ (Legitimisten und Aristokraten), „Blauen“ (Bourgeois und Constitutionellen) und „Rothen“ (Socialdemokraten). Eine Caricatur, die kürzlich erschienen ist, veranschaulicht dieses Verhältniß in wenigen Strichen. In dem weißen Felde der Tricolore sieht man in Form einer Elise einen Pfaffen mit dem Köschhütchen in der Hand, darunter die Worte: „Das Privilegium ist mein Recht.“ Das blaue Feld zeigt einen wohlbehäbigen Bürger, dessen runder Magen einen Fünffrancsthaler bildet, mit der Unterschrift: „Der Staat das bin ich.“ In dem rothen Feld endlich sieht ein alter, lahmer Bettler, seinen schäbigen Hut zum Almosenempfang ausstreckend, darunter die Erklärung: „Das Volk in Ausübung seiner Rechte.“ Im Februar gingen die drei Parteien einen Augenblick zusammen; die Weißen waren eben so sehr über ihre plötzliche, doppelte Niederlage wie die Blauen über ihren unerwarteten Sieg erschrocken, und beide fügten sich der Republik aus Furcht, da sie für einen neuen Kampf weder ihre Hülfsmittel noch ihr Verhalten vorhersehen konnten; die Rothen jubelten der verkündeten Fraternität zu und gaben, wie Lamartine sagte, der Republik drei Monate Credit auf Credit, weil sie von ihr ihre Zukunft erwarteten. In und nach der Junischlacht war von der Dreieinigkeit bereits ein Glied abgefallen, und die Weißen und Blauen standen vereinigt in dem beispiellosen viertägigen Straßenkampf den Rothen gegenüber. Seit der Präsidentenwahl aber sind auch die beiden Erstern auseinander gefallen, und während die Blauen mit der Majorität der Nationalversammlung und der Partei des National gegen die Weißen mit dem Jesuitenministerium Fallour, welches über die „Planke“ Napoleon über die Revolution zurück will, sich bereits zum Kampfe rüsten, sehen die Rothen still diesen Vorbereitungen zu und organisiren sich von neuem durch eine geräuschlose Propaganda, um im Frühjahr jenen Zweikampf für sich selbst auszubeuten. Es ist gewiß, daß die demokratische Partei, deren wahrer Candidat nicht Raspail oder Ledru-Rollin, sondern der viel zauberhaftere Name des „Rechts auf Arbeit“ war, für den Tag der Proclamation des Präsidenten ursprünglich einen Straßenkampf im Sinne hatte. Es war Niemandem in Paris unbekannt, daß die Eintrittsgelder der Clubs zum größten Theil zur Anschaffung von Waffen und Munition verwendet, und die „Sichern“ vollkommen militairisch organisirt wurden. Eben so gewiß ist es auch, daß der Plan nur deshalb aufgegeben wurde, weil die sämtlichen parlamentarischen Führer, den Berg in der Versammlung nicht ausgenommen, in diesem Fall einen Staatsstreich gegen die ganze Partei, Standrecht und Transportation gegen alle bedeutenden Persönlichkeiten fürchteten. Seitdem ist nach dem antibonapartistischen Auftreten der Kammer der Plan gefaßt, bis zum Frühjahr zu warten, neue Propaganda zu machen, und dann über die ermüdeten beiden andern Parteien herzufallen. Dies ist die Grundlage, auf welcher die soeben hier begründete „Association für die social-demokratische Propaganda“ beruht, und zu deren Verständniß uns die Erinnerung des obigen Sachverhältnisses nothwendig schien. Die Propaganda geht von der Ansicht aus, daß das allgemeine Stimmrecht nur ein illusorisches Mittel zur Erreichung des wahren Volkswohls sei, so lange die Erziehung des Volks eine derartige sei, daß sie keine Garantie für die richtige Einsicht der wahren Volksinteressen biete. „Um diesem dringenden Bedürfniß abzuhelfen, sagt das Programm, hat sich die so-

cial-demokratische Propaganda gebildet. Der Zweck derselben ist, vorläufig in großer Anzahl socialistische Bücher, Broschüren, Zeichnungen und Journale zu verbreiten; mit Nachdruck den reactionären Bestrebungen entgegenzuarbeiten; durch alle möglichen Mittel schriftliche und mündliche Propaganda zu machen.“ Die innere Organisation der Gesellschaft wird man aus folgenden Hauptparagraphen der Statuten erkennen:

**Tit. I. Constitution der Gesellschaft. §. 1.** Es ist zu Paris unter den socialistisch-demokratischen Republikanern aller Schulen eine Vereinigung gegründet unter dem Namen der social-demokratischen Propaganda. §. 2. Die Zahl der Mitglieder ist unbeschränkt. Paris ist nicht nothwendig der Sitz (der möglichen Ereignisse halber!); die demokratische Sache verlangt vielmehr den Beistand der Socialdemokraten der Departements und des Auslandes. §. 3. Die Gesellschaft wird geleitet durch ein Bureau, welches alljährlich in einer Generalversammlung gewählt wird. Das Bureau hat durch die Presse die Generalversammlungen zu berufen. §. 4. Um zu der Gesellschaft zugelassen zu werden, muß man durch zwei Mitglieder vorgeschlagen und von dem Ueberwachungsausschuß (conseil de surveillance), der alljährlich in der Generalversammlung neugewählt wird, angenommen sein. **Tit. II. §. 6—14.** (Handeln von der Verbreitung der Bücher, Bibliotheken u.) §. 15. Die Mitglieder sind in Gruppen oder Serien von je 12 Personen getheilt; jede Serie wählt einen Präsidenten, der mit der Direction in Correspondenz zu stehen hat. (Eintheilung wie die des Carbonarismus.) In jeder Stadt, in jedem Canton-Hauptort, wird die Gesellschaft so viel möglich einen oder mehrere Correspondenten haben. Alle Correspondenten empfangen eine Monatsheft über die Operationen der Gesellschaft und den Katalog der Bücher. §. 17. Die Gesellschaft ermuntert nach besten Kräften alle Socialisten, welche durch mündliche Rede Propaganda machen wollen. (Emissare.) Sie bringt dieselben in Rapport mit dem Correspondenten. §. 18. (Handelt vom Siegel der Gesellschaft, um Unterschleif und Einschleichung zu verhüten.) **Tit. III. Verwaltung. §. 21.** Der Centraldepot wird verwaltet von einem verantwortlichen Director, einem Kassirer und einem oder mehreren Beigeordneten, die der Ueberwachungsausschuß ernannt. §. 22. Die Rechnungsablage wird in der strengsten Weise gehandhabt. Diese Rechnungsablage, sowie das Ganze der Operationen steht unter der Controle des Ueberwachungsausschusses, der jede Gewalt über die Direction hat. §. 23. Der Ueberwachungsausschuß kann jedesmal zusammenberufen werden, wenn es das Bureau oder der Director für nöthig hält. Er versammelt sich regelmäßig wenigstens alle 14 Tage. §. 24. Jeder, der Klagen über die Verwaltung führen will, hat sich an den Ueberwachungsausschuß zu wenden. §. 25. Die Mitglieder zahlen bei der Einschreibung 1 Fr. und empfangen dafür eine Gesellschaftskarte, welche ihnen als Einlaß zu jeder Versammlung sowie zur Legitimation dient. Jede Karte muß die Unterschrift des Bezeichneten tragen. Alljährlich wird ein Beitrag von 1 Fr. 6 Sous erhoben, der auch in den kleinsten Abzahlungen von 4 Sous alle 14 Tage entrichtet werden kann. Freiwillige Beiträge werden angenommen.

Unter den provisorischen Bureaux findet man die Namen des Dr. Bonnard (Präsident des Redoutenclubs, verurtheilt vom Zuchtpolizeigericht, weil er den Polizeibeamten den Eintritt in den Club verweigerte), Mortillet (Civilingenieur), Ballard (Vorstand des Barbés'schen Revolutionsclubs), Harvé (einer der besten Clubredner, Redacteur der „Republique“) und, wie es heißt, auch den Polen Mieroslawski.

### Großbritannien.

**London, 12. Jan.**

Die den Parlamentssessionen vorhergehenden Berathungen der Minister haben am 11. Jan. Nachmittag im Ministerium des Auswärtigen mit einem dreistündigen Cabinetsrathe begonnen, dem sämtliche Minister beiwohnten und zu dem zwei derselben erst am Morgen eingetroffen waren.

Vorgestern Abend war in **Manchester** eine große Versammlung liberaler Wähler unter dem Vorsitz des Hrn. G. Wilson, Präsidenten der Anti-Cornlaw-League. Die Zahl der Anwesenden war zwischen 6—7000. Zweck der Versammlung war die Stiftung eines Vereins zur Beförderung der Finanzreform. Hr. Cobden, der mit stürmischem Beifall empfangen wurde, beantragte den ersten Beschluß, durch welchen die Versammlung ihre Geneigtheit aussprach, sich an die Liverpool-Finanzreformvereine und ähnliche Vereine in ihren Bemühungen anzuschließen, das Budget mindestens auf das Maß von 1845 zurückzuführen, und ein gleichförmigeres und wohlfeileres Besteuerungssystem zu sichern. Er entwickelte in einer anderthalbstündigen Rede mit der ihm eignen Klarheit seine bekannten Ansichten über die Nothwendigkeit der Verminderung des Militair- und Marinecets, die er bei der täglich zunehmenden Friedensliebe auf dem Continent und unter der Bedingung, daß England seine Interventionspolitik aufgebe und sich nicht unnöthigerweise um die Angelegenheiten anderer Nationen kümmern, für vollkommen ungefährlich erklärte. Er hofft davon eine Ersparniß von 10 Mill. Pf. St. jährlich, die er zur Verminderung und Abschaffung verschiedener Steuern, die auf die ärmern Klassen am schwersten drücken, verwenden will. Ihm folgte das Parlamentsmitglied Milner Gibson, der als zweiten Beschluß beantragte: daß keine dauernde Herabsetzung der Steuern erlangt werden könne, bevor nicht das Volk durch eine Ausdehnung des Stimmrechts eine directere Controle über das Unterhaus habe. Den dritten Beschluß beantragte das Parlamentsmitglied John Bright. Die Versammlung sprach sich damit für die Annahme

(Nr. 1.  
Nr.  
89. C  
W  
Za  
gelli  
Fr  
Gef  
(Ed  
Bänd  
20  
90. C  
Co  
gra  
sch  
gesto  
aus  
Geog

des von der Anti-Cornlaw-League befolgten Systems aus, durch Vermehrung der 40-Schilling-Freipächter den Kreis ihrer Anhänger zu erweitern, und durch sorgfältige Ueberwachung der Wählerlisten jeden ihrer wahlberechtigten Anhänger zur Theilnahme an der Wahl zu verhelfen, und ertheilte dem Vorsitzenden Vollmacht, Vorbereitungen zur Stiftung einer Gesellschaft, die sich die Durchführung der in der Verhandlung berührten Punkte zum Zwecke setzte, zu treffen. Sämmtliche drei Beschlüsse fanden einhellige Annahme.

— Im abgelaufenen Jahre haben sich in **Liverpool** 131,121 Auswanderer, und zwar 127,501 Personen nach den Vereinigten Staaten, und nur 2000 nach den britischen Colonien in Nordamerika, eingeschifft.

— In **Dublin** erklärte der Gerichtshof der Queensbench zu Anfang seiner gestrigen Sitzung, daß das Urtheil über die wegen Theilnahme an dem letzten irischen Aufstande schuldig gefundenen Smith, O'Brien, Meagher &c. wegen Unpäßlichkeit des Richters Moore erst am 16. Jan. verkündet werden könnte. Hr. Duffy's Proceß scheint endlich aus dem Labyrinth juristischer Spitzfindigkeiten, in dem er sich durch die Bemühungen seiner Verteidiger zu verlieren schien, herauszukommen. Wenigstens ist für übermorgen die Verhandlung über die Form, in der das Urtheil erfolgen soll, angesetzt. — Die Agitation gegen das Armengesetz ist noch im Steigen. In der Grafschaft Westmeath rufen die Friedensrichter zu einer Versammlung auf, um bei dem Parlament um sofortige Abänderung des irländischen Armengesetzes zu petitioniren. Sie wird am 22. Jan. stattfinden.

**Rußland und Polen.**

Die officielle Zeitung des Königreichs **Polen** enthält eine Uebersicht der im Königreiche Polen seit dem Erscheinen der Cholera bis zum 18. Dec. davon Betroffenen, wonach im Ganzen 51,214 Individuen erkrankt, 26,985 genesen, 23,560 gestorben sind.

**Türkei.**

**Belgrad**, 8. Jan. Der Sultan hat einen Ferman erlassen, welcher auch den Christen gestattet, zu den hohen Würden eines Paschas oder Beziers zu gelangen. Die Verlaubarung dieses Fermans soll von den Muselmännern mit Murren aufgenommen worden sein. (U.)

**Handel und Industrie.**

**Wesbericht.** \*Leipzig, 15. Jan. In den sächsischen halbwoollenen Waaren aus Glauchau &c. ging es in der ersten Woche dieser Messe ziemlich lebhaft; doch waren die Preise gedrückt als in der Michaelismesse. Von diesen Waaren gingen am besten die seidendurchwirkten Kleiderstoffe, doch konnte auch hierbei von großem Nutzen die Rede nicht sein. In Napoleones, welche in der letzten Messe eine Hauptrolle spielten, war kein Bedarf; dasselbe läßt sich von Westenstoffen sagen, von denen wol Einiges, aber zu schlechten Preisen verkauft wurde. Es darf indessen nicht unbeachtet bleiben, daß für diesen Artikel die Neujahrmesse nie günstig ist. Thibets gingen besser, und es läßt sich sogar annehmen, daß von der greizer

und geraer guten Waare nicht unbedeutend abgesetzt wurde. Sie wurden hauptsächlich von Polen, Ostpreußen und Baiern gekauft, von den Erstem namentlich die gemusterten und ombrierten. Berliner Shawls und Lächer fanden weniger Beachtung, und nur zu sehr niedrigen Preisen. Mouffelines de laine waren in nicht großer Menge vorhanden und fanden auch keinen erheblichen Absatz. Wollene und baumwollene Meublesstoffe &c. waren nicht begehrt; Druckwaaren dagegen sehr befriedigend, besonders wurde von gedruckten Tüchern Manches verkauft und zwar zu den wenig gedrückten Preisen der vorigen Messe. Kattune fanden bei nicht unbedeutenden Lagern einigen Absatz. Gingham waren wenig zugeführt worden, wurden aber auch wenig begehrt. Piqués, Barchent, Wallis &c. waren, mit Ausnahme der Decken, fast gar nicht gefragt. Strumpfwaren wurden wol gekauft, aber nicht in der erwarteten Weise, doch zu den Preisen der vorigen Messe.

Leinenwaren fanden bei gedrückten Preisen wenig Nehmer. In Seidenwaren war die Messe sehr unbedeutend. Die Polen, welche bisher immer darin zur Neujahrmesse verhältnißmäßig starke Einkäufe machten, fehlten ganz, und von den Griechen waren nur vier eingetroffen. Außer glatten Stoffen wurde wenig gekauft. Sohlleder war viel am Platz und wurde dennoch ganz vergriffen, bis auf das malmedyer, welches zu hoch im Preise gehalten wurde. Es waren überhaupt fast nur die niedrigeren Qualitäten gefragt. Mit Kalbleder war der Markt nicht überfüllt, doch wenig Begehr danach. Schafleder war gesucht, doch wenig davon zu erlangen, daher bald vergriffen. Rohe Kalbfelle waren ebenfalls wenig am Markt, aber auch nicht sehr begehrt. Schaffelle waren nicht unbedeutend zugeführt. Ziegenfelle waren wenig vorhanden und die Preise unverändert. Auch Kuhhäute waren nicht überfüllt und erhielten die vorigen Preise; dasselbe gilt auch von den Ochsenhäuten. Wildhäute waren sehr reichlich vorhanden und für eine Neujahrmesse sehr gesucht. Pferdehäute waren wenig am Platz und dennoch flau. In Hinsicht des Rauchwaaren geschäfts waren Brody, Bukarescht, Rußland, Dänemark, Schweden, England und die Schweiz wenig oder gar nicht vertreten. Außerdem dürfte in einer Neujahrmesse im Verhältnisse zum Vorrath noch nie ein so großes Geschäft in diesen Artikeln gemacht worden sein. Im Allgemeinen war wenig am Plage, von frischer Waare gar nichts. Da die Tuchlager fast nur im Sommer gefertigte Waaren enthielten, so waren diese größtentheils gut zu nennen. Im Ganzen waren 45,000 Stück vorhanden, wovon die große Hälfte verkauft wurde. Am besten gingen die geringen Tuche durch Ankäufe der Perser. Holländer, Schweizer und Baiern kauften etwas in mittelfeinen Tuchen zu sehr niedrigen Preisen. Feine Tuche gingen wenig ab, und was darin verkauft wurde, war nur Bedarf für Auschnittler. Das Urtheil über die eben beendigte Messe fällt im Allgemeinen dahin aus, daß sie eine leidliche Mittelmesse war.

**Eisenbahn.** Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme vom 7. bis 13. Jan. 1849:

6,925 Personen excl. berliner Antheil	4,198 Thlr.	9 Ngr.	— Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht,			
magdeburger u. berliner Antheil	3,668	2	—
	7,866	11	—
(Vom 1. — 13. Jan 12,715 Personen, Einnahme 15,586 Thlr. 23 1/2 Ngr.)			

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

**A n k ü n d i g u n g e n .**

**B e r i c h t**

über die im Laufe des Jahres 1848

im Verlage von

**F. A. Brockhaus in Leipzig**  
erschienenen neuen Werke und Fortsetzungen.

Nr. IV, die Versendungen der Monate **October, November und December** enthaltend.

(Nr. I. befindet sich in Nr. 98, 102, Nr. II. in Nr. 196 und Nr. III. in Nr. 295 und 299.)

89. **Christliches Andachtsbuch für alle Morgen und Abende des ganzen Jahres.** Im Vereine mit mehreren evangelischen Geistlichen herausgegeben von Dr. G. Friedrich. In zwei Bänden oder 18 Hefen. Sechzehntes bis achtzehntes Heft. (Schluß.) Gr. 8. Jedes Heft 5 Ngr. Vollständig kostet das Werk gebunden in zwei Bänden 3 Thlr., in Leinwand gebunden 3 Thlr. 20 Ngr.

90. **Systematischer Bilder-Atlas zum Conversations-Regikon. — Ökono-graphische Encyclopädie der Wissenschaften und Künste.** — 500 in Stahl gestochene Blätter in Quart mit Darstellungen aus sämtlichen Naturwissenschaften, aus der Geographie, der Völkerkunde, dem Kriegs- und

Seewesen, der Denkmale der Baukunst aller Zeiten und Völker, der Religion und Mythologie &c. Nebst einem erläuternden Text. Entworfen und herausgegeben von J. G. Heck. Vollständig in 120 Lieferungen. Hundertundsiebente bis hundertundsechste Lieferung. Gr. 4. Jede Lieferung 6 Ngr.

91. **Carus (K. G.), System der Physiologie.** Zweite, völlig umgearbeitete und sehr vermehrte Auflage. In zwei Theilen. Sechstes, oder zweiten Theiles zweites Heft. Gr. 8. Preis eines Heftes 1 Thlr.

92. **Conversations-Regikon. — Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände.** — Neunte, verbesserte und sehr vermehrte Originalausgabe. Neue Ausgabe. In 240 Lieferungen. Hundert- undvierundsünfzigste bis hundertundsechundsich-

zigste Lieferung. Gr. 8. Jede Lieferung 2 1/2 Ngr.

Das Werk kostet vollständig 20 Thaler, es kann aber auch in beliebigen Ablieferungssterminen: in 15 Bänden zu dem Preise von 1 Thlr. 10 Ngr., in 120 Heften zu dem Preise von 5 Ngr., in 240 Lieferungen zu dem Preise von 2 1/2 Ngr. nach und nach bezogen werden.

93. **Dieffenbach (J. F.), Die operative Chirurgie.** In zwei Bänden. Zwölftes Heft. (Schluss.) Gr. 8. Jedes Heft 1 Thlr.

Das vollständige Werk kostet 12 Thlr.

94. **Allgemeine Encyclopädie der Wissenschaften und Künste** in alphabetische

Folge von genannten Schriftstellern bearbeitet und herausgegeben von **L. G. Ersch** und **J. G. Gruber**. Mit Kupfern und Karten. Gr. 4. Cart. Pränumerationspreis für den Theil auf Druckpapier 3 Thlr. 25 Ngr., auf Velinpapier 5 Thlr.

Erste Section (A-G). Herausgegeben von J. G. Gruber. 47ster und 48ster Theil. (Forull-Freiburg.) Dritte Section (O-Z). Herausgegeben von R. G. C. Meper. 48ster Theil. (Philosophie-Phokylides.) Früheren Subscribenten auf die **Allgemeine Encyclopädie**, welchen eine größere Reihe von

Abtheilen fehlt, sowie solchen, die als Abonnenten neu eintreten wollen, werden die den Verkauf erleichternden Bedingungen zugesichert.

**95. Fessler (J. A.), Die Geschichten der Ungern und ihrer Landmassen.** Zehn Bände. Mit Karten und Plänen. Neue Ausgabe in 40 monatlichen Heften. Vierzehntes bis sechszehntes Heft. Gr. 8. Preis eines Heftes 10 Ngr.

Von dieser neuen Ausgabe erscheint monatlich ein Heft, deren vier einen Band bilden. Die vollständigen Exemplare des Werks können zu dem Preis von 13 Thlr. 40 Ngr. fortwährend geliefert werden.

**96. Die Gegenwart.** Eine encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände. Ein Supplement zu allen Ausgaben des Conversations-Lexikon, sowie eine Neue Folge des Conversations-Lexikon der Gegenwart. In Heften. Achten bis vierzehntes Heft. Gr. 8. Jedes Heft 5 Ngr.

Das Werk erscheint in Heften zu 5 Ngr., deren zwölf einen Band bilden; monatlich werden 2-3 Hefte ausgegeben. Exemplare des ersten Bandes (2 Thlr.) sind in allen Buchhandlungen zu erhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Bei der heute vorgenommenen zehnten Verlosung der hiesigen Staatschuldscheine sind aus dem Verlosungsrade folgende Nummern gezogen worden, als:

- 1) Lit. A., zu 1000 Fl. Rhein.  
Nr. 73, 138, 139, 249, 260, 311.
- 2) Lit. B., zu 500 Fl. Rhein.  
Nr. 36, 192, 196, 340, 357, 463, 471, 494, 501, 515, 543.
- 3) Lit. C., zu 200 Fl. Rhein.  
Nr. 29, 91, 98, 121, 140, 277, 302, 435, 438, 457, 592, 631, 657, 660, 712, 727, 732, 760, 761, 814, 821, 897, 907, 1009, 1051, 1080, 1100, 1168, 1179, 1297, 1318, 1322, 1357, 1468, 1497, 1571, 1732, 1756, 1828, 1888, 1893, 1961, 2016, 2021, 2103.
- 4) Lit. D., zu 100 Fl. Rhein.  
Nr. 20, 48, 69, 100, 123, 260, 299, 320, 335, 429, 456, 480, 484, 494, 511, 533, 599, 632, 721, 736, 755, 875, 884, 903, 913, 961, 980, 1068, 1139, 1144, 1183, 1250, 1344, 1385, 1427, 1537, 1564, 1701, 2009, 2037, 2067, 2071, 2084, 2085, 2086, 2119, 2165, 2248, 2254, 2255, 2345, 2366, 2378, 2476, 2609, 2634, 2653, 2657, 2664, 2694, 2766, 2789, 3184, 3287, 3436, 3446, 3449, 3512, 3520, 3559, 3586, 3626, 3656, 3846, 3853, 3928, 3943, 3949, 3967, 3978, 4001, 4028, 4085, 4263, 4351, 4444, 4456, 4468, 4474, 4487, 4490, 4512, 4524, 4605, 4611, 4709, 4749, 4795, 4799, 4808, 4857, 4946.
- 5) Lit. E., zu 50 Fl. Rhein.  
Nr. 71, 148, 151, 206, 220, 252, 339, 368, 524, 583, 603, 671, 944, 946, 961, 965, 1004, 1021, 1033, 1127, 1157, 1213, 1249, 1256, 1378, 1508, 1523, 1551, 1603, 1629, 1660, 1667, 1697, 1721, 1729, 1800, 1811, 1863, 1924, 1979, 1981, 1983, 2007, 2064, 2089, 2212, 2414, 2441, 2458, 2467 und 2502.

Diese Verlosungsergebnisse werden hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß, gemäß der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen,

- 1) die Rückzahlung der ausgelosten Staatschuldscheine im Monat Juni d. J. und zwar, wenn sie auf den Inhaber ausgestellt sind, auf Präsentation, und wenn sie auf den Namen eines Staatsgläubigers inscribirt sind, gegen Quittung desselben auf den Staatschuldschein, bei der Herzogl. Staatschuldentilgungskasse alhier erfolgt, daß ferner
- 2) mit dem Staatschuldschein die dazu gehörigen Zinsleihen und die sämtlichen noch nicht verfallenen Zinsabschnitte zurückzugeben sind, indem außerdem die Kasse berechtigt ist, den Betrag der hierbei zurückbleibenden Coupons am Capital in Abzug zu bringen und zurückzubehalten.
- 3) Die Capitalbeträge der ausgelosten Staatschuldscheine werden bis zum Schlusse des Monats Juni d. J. verzinst, und endlich
- 4) behalten die ausgelosten Staatschuldscheine nach Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Juli 1838 bis zum Ablaufe des achten Jahres nach dieser Auslosung zwar ihre Gültigkeit, jedoch ohne Berechtigung auf Zinsgenuss. Die bis dahin nicht eingegangenen Staatschuldscheine verlieren alsdann ihre Gültigkeit und werden öffentlich als erloschen erklärt werden. Zugleich wird in Gemäßheit Artikel 20 des erwähnten Gesetzes bekannt gemacht, daß bei dieser Auslosung die Nummern folgender, als Cautionen oder für öffentliche Anstalten außer Cours gesetzten Staatschuldscheine ausgenommen worden sind, als:

- 1) aus Serie A.  
Nr. 15, 41, 48, 49, 62 bis 66, 134, 135, 146, 308.
- 2) aus Serie B.  
Nr. 72 bis 81, 96, 111 bis 140, 160, 161, 163, 167, 171 bis 173, 177, 183, 184, 205 bis 209, 213, 220 bis 225, 242, 261, 263 bis 265, 277, 289, 292 bis 294, 328, 423 bis 425, 437 bis 442, 444.

- 3) aus Serie C.  
Nr. 13 bis 17, 60, 66, 145 bis 249, 251, 290 bis 292, 319, 323, 324, 326 bis 427, 487 bis 506, 510, 513, 516 bis 519, 521, 524, 528, 531 bis 537, 544 bis 568, 585, 588, 597, 618, 628, 735 bis 739, 781, 788, 798, 805, 847, 848, 850 bis 874, 880, 900, 901, 909, 910, 929 bis 988, 1028 bis 1032, 1034, 1035, 1037, 1053, 1077, 1081, 1102, 1108, 1187, 1188, 1206 bis 1230, 1263 bis 1267, 1273, 1283 bis 1292, 1299, 1319, 1320, 1337, 1348, 1349, 1368, 1397, 1403, 1408 bis 1457, 1487, 1489 bis 1491, 1494, 1579, 1700, 1706, 1743, 1746, 1747, 1783, 1785, 1786, 1787, 1788, 1794, 1795, 1798, 1804 bis 1823, 1826, 1827, 1833 bis 1845, 1861, 1885, 1971 bis 1985.

- 4) aus Serie D.  
Nr. 1, 6 bis 8, 10, 53, 177, 181, 184, 191, 257, 258, 291, 304, 305, 314, 323 bis 326, 329, 331, 333, 337 bis 339, 448, 675, 765, 770 bis 774, 818, 826, 827, 852, 951, 1017, 1108, 1109, 1145, 1149, 1156, 1157, 1164, 1175, 1181, 1184, 1204, 1205, 1209, 1214, 1216, 1219, 1220, 1223, 1224, 1226, 1229, 1231, 1232, 1268, 1284, 1293, 1295 bis 1298, 1300 bis 1304, 1361, 1389, 1391, 1393 bis 1401, 1408, 1411 bis 1418, 1422, 1424 bis 1426, 1429 bis 1432, 1485 bis 1490, 1520 bis 1526, 1529, 1540, 1541, 1561, 1621, 1625, 1627, 1628, 1635, 1662, 1667, 1680, 1681, 1683, 1715 bis 1994, 2000, 2061, 2063, 2072, 2149, 2176, 2251, 2291, 2424, 2438, 2475, 2478, 2482, 2502, 2509, 2515, 2526, 2527, 2596, 2650, 2668, 2670, 2671, 2723, 2798, 2800, 2808, 2809, 2812, 2813, 2815, 2827 bis 3063, 3072 bis 3097, 3103, 3110 bis 3116, 3144, 3148, 3151 bis 3155, 3217 bis 3223, 3240 bis 3250, 3312 bis 3339, 3340, 3344, 3353 bis 3380, 3412 bis 3417, 3428, 3464, 3465, 3484, 3486, 3492, 3493, 3498, 3499, 3563, 3564, 3568, 3597 bis 3618, 3629, 3641, 3642, 3688, 3696 bis 3700, 3716, 3717, 3730, 3736 bis 3739, 3741 bis 3743, 3745, 3766, 3814 bis 3817, 3823, 3850, 3877 bis 3882, 3911, 3957, 4021, 4022, 4023, 4024, 4025, 4217, 4225, 4234 bis 4237, 4241, 4245 bis 4249, 4281, 4293, 4302, 4329, 4352, 4353, 4355, 4357 bis 4361, 4369 bis 4375, 4377, 4378, 4385 bis 4388, 4395, 4396.

- 5) aus Serie E.  
Nr. 43, 155, 216, 243, 259, 260, 322, 323, 347, 533, 535, 540, 548, 569, 570, 576, 582, 604, 648, 649, 665, 675, 715, 743 bis 840, 844, 865, 866, 869, 870, 874, 887, 890, 894, 895, 896, 897, 905, 907 bis 909, 927, 928, 931, 934, 938, 972, 973, 988, 992, 996, 1046, 1160, 1216, 1219, 1220, 1223 bis 1225, 1234, 1261 bis 1263, 1289, 1293, 1314, 1398, 1403, 1405, 1407, 1456, 1478, 1484, 1495.

Da übrigens von den früheren Verlosungen noch nachstehende Staatschuldscheine, als:

- Lit. A. Nr. 127;
  - " D. Nr. 19, 38, 66, 102, 164, 179, 378, 420, 469, 617, 649, 658, 737, 804, 973, 1020, 1050, 1239, 1559, 2132, 2483, 2578, 2635, 3425, 4223;
  - " E. Nr. 109, 211, 384, 486, 636, 646, 664, 689, 1084, 1145 und 1481,
- bis jetzt zur Rückzahlung nicht producirt worden sind, so werden die Inhaber derselben unter Bezugnahme der im Art. 9 des erwähnten Gesetzes enthaltenen Bestimmungen, wonach die ausgelosten Staatschuldscheine acht Jahre nach ihrer Auslosung ihre Gültigkeit verlieren, zur Empfangnahme der Capitalbeträge hierdurch aufgefordert.

Coburg, den 5. Jan. 1849.

**Die Obersteuer-Commission.**  
Hofmann. Braun.

[90-92]



**Chemnitz-Riesaer Eisenbahn.**

Die vierte ordentliche Generalversammlung der Chemnitz-Riesaer Eisenbahngesellschaft soll den 22. Januar 1849

abgehalten werden. Die Herren Actionaire werden eingeladen, an diesem Tage von Vormittags acht Uhr an in dem Saale des Gasthauses zur Linde in Chemnitz, als dem bestimmten Versammlungsorte, sich einzufinden, bei den requirirten Herren Notaren ihre Acten vorzulegen und die als Legitimation zu dem Eintritte in die Versammlung dienenden Stimmkarten, worauf die Zahl der einem Jeden nach §. 45 der Gesellschaftsstatuten zukommenden Stimmen bemerkt werden wird, in Empfang zu nehmen.

Der Sitzungssaal wird bei dem Anfange der Verhandlungen Punkt 9 Uhr geschlossen. Die Gegenstände, welche zum Vortrage und beziehentlich zur Beschlussfassung kommen werden, sind:

- a) der Geschäftsbericht und Rechnungsabschluss;
- b) die Ergänzungswahlen für den Ausschuss;
- c) die mit der Staatsregierung über die Abtretung der Bahn gepflogenen Unterhandlungen;
- d) mehre Gesuche um Restitution gegen Versäumnisse bei Einzahlungen.

Chemnitz, den 16. Dec. 1848.

Directorium der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn-Gesellschaft.  
v. Hake.

[94-95]

Am 20. Januar erscheint in meinem Verlage:

**Californiens Gold- und Quecksilber-Districte.**

Nach dem Californian Herald

von **Fr. Gerstäcker.**

2 Bogen Lex.-8. Mit einer Karte. Geheftet. 5 Ngr.

Die Mitbegleiter des Publicums nach authentischen Quellen über dieses Wunderland wird mit diesem Schriftchen befriedigt. Dasselbe enthält Alles, was bis jetzt nach directen Mittheilungen sich verbürgt, und findet eine solide Gewährschaft für seine innere Wahrheit und den Reiz interessanter Darstellung in dem Namen des Herrn Herausgebers.

Leipzig, am 16. Januar 1849.  
**Wilhelm Jurany.**

[154-56]